



Linkes Denken erneuern

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Liebknecht-Kreis Sachsen: Für eine starke LINKE im Bundestagswahljahr 2017	2
Eckehard Lieberam: Wahlstrategie, Gesellschaftsstrategie und Wahrhaftigkeit	5
Dietmar Pellmann: Der Konkurrenzkampf um das Thema soziale Gerechtigkeit - Das Beispiel Hartz IV	12
Heiderose Gläss: Die »GroKo« und die Frauen - gibt es Alternativen?	15
Jenny Mittrach: Die Welt 4.0 – das Internet der Dinge steht vor der Tür	19
Volker Külöw: Sozialismus an der Peripherie – Einige Gedanken zur Aktualität von Manfred Kossok und seinem Werk	22
Didier Eribon: Ein neuer Geist von '68	27
Erklärung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE »Der Wahlkampf hat begonnen«	31

Impressum

Herausgeber: Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS),
www.liebknecht-kreis-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Michael Matthes (gum.matthes@hotmail.de)

Redaktion Volker Külöw
Gestaltung: Projekt Linke Zeitung e. V. / BVS Ralf Fiebelkorn

Redaktionsschluss: 21. April 2017

Vorwort

Zwei Jahre nach seiner Gründung nimmt der Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS) im Landesverband einen etablierten und weithin anerkannten Platz ein. Er ist ein wichtiger Akteur in der Auseinandersetzung um das strategische Profil der sächsischen LINKEN geworden. Das spiegelte wiederholt sein Auftreten auf Landesparteitagen ebenso wider wie Standpunktäußerungen in bislang sechs Broschüren der Publikationsreihe »Schriften des LKS«. Das Interesse an seinem Wirken beschränkte sich dabei nicht nur auf Sachsen, was nicht zuletzt in einer Reihe von überregionalen Presseveröffentlichungen zum Ausdruck kam.

Nach längerer Unterbrechung legt der LKS nunmehr das siebente Heft vor. Es wird eröffnet mit seiner Erklärung von der jüngsten Mitgliederversammlung am 11. März 2017 zur bevorstehenden Bundestagswahl. In ihr heißt es zur gegenwärtig in der Partei heftig diskutierten Frage über etwaige rot-rot-grüne Bündniskonstellationen nach dem 24. September: »Regierungsbeteiligung auf Bundesebene lehnen wir nicht grundsätzlich ab, aber sie ist für uns kein Wert an sich. In der derzeitigen gesellschaftlichen Situation in der BRD ist mit der von Martin Schulz geführten SPD und Grünen nach unserer Auffassung nur eine Modifikation des Status Quo, aber kein grundlegender Politikwechsel möglich; beiden Parteien fehlt dazu der Mut und die Bereitschaft. Die Fokussierung auf ein vermeintlich linkes Lager ist Illusionstheater und eine Regierungsbeteiligung der LINKEN im Herbst wäre eine Integrationsfalle – insbesondere angesichts einer möglichen offenen Krisensituation in der näheren Zukunft, in der die Partei nicht mehr als überzeugende Alternative einer grundsätzlich anderen Politik auftreten könnte.«

Auch in weiteren Beiträgen werden strategische und inhaltliche Fragen im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 angerissen. Da sich der LKS seit seiner Gründung der Pflege des historischen Erbes der revolutionären Bewegung verschrieben hat, darf darüber hinaus ein Beitrag zum bevorstehenden 100. Jahrestag der Oktoberrevolution nicht fehlen. An der Vorbereitung einer gemeinsamen Konferenz mit befreundeten Partnerorganisationen zu diesem Thema, am 4. November 2017 in Leipzig, wird schon intensiv gearbeitet. Mehr darüber dann im nächsten Heft.

Da sich der LKS bemüht, stets über den eigenen Horizont zu schauen, veröffentlichen wir neben einer Erklärung des Ältestenrates vom 9. März 2017 auch einen aktuellen Text des französischen Soziologen Didier Eribon über die politische Situation in Frankreich. Eribon sorgte mit seinem autobiografischen Essay »Rückkehr nach Reims« in letzter Zeit für viel Furore in der Bundesrepublik. Egal wie die Präsidentschaftswahlen in Frankreich ausgehen werden, bleibt sein hier nachgedruckter Beitrag auch für die deutsche Linke ein wichtiger Denkanstoß.

Für eine starke LINKE im Bundestagswahljahr 2017

Erklärung der Mitgliederversammlung des Liebknecht-Kreises Sachsen (LKS) vom 11. März 2017 in Leipzig

Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem befindet sich in einer Krise, die im Unterschied zur Vergangenheit wesentlich neue Elemente enthält. Die herrschende neoliberale Politik führt dabei zu vielfältigen Formen von Gewalt: Kriege, Repressionen, Herstellung von Ungleichheit jeder Art, Rechtspopulismus und Neofaschismus, Zerstörung der Umwelt, unerhörte Finanz-Crashes usw. sind monströse Mechanismen der menschlichen Desintegration im globalen Maßstab geworden. Derzeit sind allein 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Hunger, Elend, Terror und Krieg. Auch in den reichen Ländern des Westens nehmen Armut, soziale Unsicherheit und Abstiegsängste zu.

Mehr und mehr Menschen erkennen diese fatale Entwicklung und ihre Ursachen. Unzufriedenheit, Protest und Widerstand gegen den Neoliberalismus nehmen daher zu. Auch in der krisengeschüttelten EU und in der Bundesrepublik spitzen sich die Auseinandersetzungen zu. DIE LINKE beteiligt sich als sozialistische Partei daran und tritt für echte Alternativen zur herrschenden Politik ein: »Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.« (Erfurter Programm)

Mit der Bildung des Liebknecht-Kreises Sachsen (LKS) vor nunmehr zwei Jahren waren wir angetreten, um die Initiativen linker Kräfte innerhalb der sächsischen LINKEN zu bündeln und Einfluss auf die Strategie des Landesverbandes zu nehmen. Dies ist uns insgesamt gelungen. Der LKS ist so in kurzer Zeit zu einem wichtigen Akteur in der Auseinandersetzung um das strategische Profil der sächsischen LINKEN geworden. Das spiegelt unser Auftreten auf Landesparteitagen ebenso wider wie Standpunktäußerungen in bislang sechs Broschüren der Publikationsreihe »Schriften des LKS«. Das Interesse an unserem Wirken beschränkte sich nicht nur auf Sachsen, was sich nicht zuletzt in einer Reihe von überregionalen Presseveröffentlichungen zum Ausdruck kam.

Wir haben damit ein solides Fundament auf dem sich aufbauen lässt. Im laufenden Jahr werden wir uns in erster Linie im bereits begonnenen Bundestagswahlkampf zu bewähren haben. Dabei sind wir uns unserer Mitverantwortung für ein klares inhaltliches Profil

der LINKEN ebenso wie für ein überzeugendes personelles Angebot an die Wählerinnen und Wähler bewusst. Unser Kampf für einen grundlegenden Politikwechsel auf Bundesebene wird dann erfolgreich sein, wenn unsere Partei gestärkt aus den Wahlen hervorgeht und unsere Positionen in der Gesellschaft vermehrt Unterstützung finden. Das verlangt unsere Alleinstellungsmerkmale als Partei insbesondere der Lohnabhängigen und Prekarierten, als Antikriegspartei, als Antiprivatisierungspartei, als Partei des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft, in den Vordergrund der Auseinandersetzung zu rücken, anstatt darüber zu orakeln, wie wir möglichst passfähig für eine Regierungsbeteiligung werden könnten.

Regierungsbeteiligung auf Bundesebene lehnen wir nicht grundsätzlich ab, aber sie ist für uns kein Wert an sich. In der derzeitigen gesellschaftlichen Situation in der BRD ist mit der von Martin Schulz geführten SPD und Grünen nach unserer Auffassung nur eine Modifikation des Status Quo, aber kein grundlegender Politikwechsel möglich; beiden Parteien fehlt dazu der Mut und die Bereitschaft. Die Fokussierung auf ein vermeintlich linkes Lager ist Illusionstheater und eine Regierungsbeteiligung der LINKEN im Herbst wäre eine Integrationsfalle – insbesondere angesichts einer möglichen offenen Krisensituation in der näheren Zukunft, in der die Partei nicht mehr als überzeugende Alternative einer grundsätzlich anderen Politik auftreten könnte. Natürlich werden wir uns keinen positiven Veränderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung verweigern und allen entsprechenden parlamentarischen Beschlüssen zustimmen. Rote Haltelinien in den wichtigsten Politikfeldern halten wir jedoch weiterhin für unverzichtbar, dazu zählen die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Abschaffung von Hartz IV und Leiharbeit sowie die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro. Darum sollten wir im Wahlkampf stets deutlich machen: Wer das »System Merkel« überwinden und die CDU/CSU in die Opposition schicken will, sollte DIE LINKE als das Original für Frieden und soziale Gerechtigkeit wählen. Und das mit aller Konsequenz: Beide Stimmen für DIE LINKE. Wir warnen vor bereits vernehmbaren Überlegungen nach einer ausschließlichen Zweitstimmenkampagne unserer Partei. Zumindest in einigen großstädtischen Wahlkreisen in Sachsen haben wir durchaus die Chance zum Gewinn des Direktmandates, was freilich die besondere Förderung dieser Wahlkreise verlangt. Es kann nicht sein, dass die sächsischen CDU-DirektkandidatInnen in der öffentlichen Wahrnehmung nur von der SPD und der AfD herausgefordert werden.

Auf der Grundlage des noch zu beschließenden Bundestagswahlprogramms und der Kommunikationsstrategie sollten wir bei der Ansprache an die Wählerinnen und Wähler vor allem die nachfolgenden strategischen Grundorientierungen, die zugleich Grundwerten unserer Partei entsprechen, berücksichtigen:

1. DIE LINKE ist die einzige wirkliche Friedenspartei. Wer keine deutschen Militäreinsätze

im Ausland will, wer gegen die weitere Einkreisung Russlands durch die NATO ist, konnte sich dabei bislang nur durch unsere Partei vertreten sehen. Das dürfte sich künftig kaum ändern. Gleiches gilt für das Verbot deutscher Rüstungsexporte.

2. DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das lassen wir uns auch gerade von der SPD nicht streitig machen. Wir haben nicht vergessen, dass die SPD in den letzten zwei Jahrzehnten als Kanzlerpartei oder Juniorpartner der CDU Regierungsverantwortung trägt und damit maßgeblich am neoliberalen Gesellschaftsumbau beteiligt war und ist. All das, was ihr Kanzlerkandidat jetzt nassforsch vom Katheder posaunt, hätte sie in dieser Zeit lösen können. Anstatt die Grausamkeiten der Agenda 2010 rückgängig zu machen, soll es jetzt nur ein paar kosmetische Korrekturen geben. Hartz IV und Leiharbeit gehören abgeschafft. Gleiches gilt für die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67.

Dabei ist uns bewusst, dass es trotz alledem mehr programmatische Übereinstimmungen mit der SPD als etwa mit der CDU gibt. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass die Sozialdemokraten immer dann, wenn es ernst hätte werden können, eingeknickt sind. So hätte sie beispielsweise in den neunziger Jahren gemeinsam mit den Grünen eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen haben können.

3. DIE LINKE ist die Partei der Vertretung ostdeutscher Interessen. Dafür besteht noch lange ein dringender Bedarf, wenn an die bewusst herbeigeführte Deindustrialisierung der neuen Bundesländer, das unterschiedliche Lohnniveau oder die nach wie vor nicht hergestellte Renteneinheit gedacht wird. Das schließt ein, die Diffamierung der DDR als vermeintlicher »Unrechtsstaat« konsequent abzulehnen. Wir treten für eine differenzierte und gerechte Bewertung der DDR als Sozialismusversuch unter äußerst schwierigen äußeren Rahmenbedingungen ein.
4. DIE LINKE bekennt sich bewusst zu ihren Wurzeln. Dabei kommt unseren älteren Mitgliedern eine wichtige Rolle zu. Unsere Partei entstammt der traditionsreichen deutschen Arbeiterbewegung und dem ersten Sozialismusversuch auf deutschem Boden. Nicht zuletzt verpflichtet sie dieses Erbe auch zu einem solidarischen Bekenntnis zu den Gewerkschaften und dem gemeinsamen Kampf mit ihnen für gute Arbeit und soziale Sicherheit für alle.

Wahlstrategie, Gesellschaftsstrategie und Wahrhaftigkeit

DIE LINKE hat sich mit ihrer Wahlstrategie für das Bundestagswahljahr 2017 recht schwer getan. Ursache dafür waren gravierende Meinungsverschiedenheiten über den Wahlkurs der Partei. Gregor Gysi und Bodo Ramelow plädierten 2016 für einen Wahlkampf, der eine Koalition der LINKEN mit der SPD und den Grünen in den Mittelpunkt stellt. Am 18. Oktober und am 11. Dezember 2016 gab es entsprechende »Sondierungsgespräche« von ca. 100 bzw. rund 70 Bundestagsabgeordneten der drei Parteien in Berlin. Der erste vom Bundeswahlleiter Matthias Höhn ausgearbeitete Entwurf einer Wahlstrategie vom 12. September 2016 lag ganz auf dieser Linie. Er orientierte auf einen Bundestagswahlkampf zu Gunsten von »r2g«: »Das Land braucht eine linke Regierung oder es droht eine rechte.«¹ Im Parteivorstand der LINKEN stimmten auf der Beratung am 17./18. Oktober 2016 ca. 60 Prozent der Mitglieder gegen diesen Wahlkampfkurs. Ein sehr seltenes Ereignis von Widerstand gegen Anpassung in der linken deutschen Parteiengeschichte!

Der nach zahlreichen Einwänden und Veränderungen ebenfalls von Matthias Höhn ausgearbeiteten zweiten Variante eines Strategiepapiers hat der Parteivorstand am 3. Dezember 2016 dann zugestimmt.² Von einem Wahlkampf zu Gunsten von »r2g« ist nicht mehr die Rede, aber »r2g« wird nach der Bundestagswahl auch keineswegs ausgeschlossen. Deutlich wird, dass DIE LINKE im Wahlkampf auf inhaltliche Forderungen, auf Eigenständigkeit setzen will.

Es wird viel Richtiges gesagt. Eine »runde Sache« aber ist dieses Strategiepapier nicht, mehr ein Rumeiern zwischen linkem Wahlkampf für eine Opposition zu den bestehenden Zuständen und der Orientierung aufs Mitregieren. Das Motto »Hoffnung und Mut statt Angst« klingt nach dem Pfeifen in einem dunklen Walde voller Gefahren, die nicht richtig zur Kenntnis genommen werden. Problematisch sind zahlreiche Aussagen zur politischen Situation, zur Gesellschaftsstrategie und zur politischen Praxis der LINKEN. Es irritieren die SPD-, Parlaments- und Regierungsfixiertheit und die allenthalben deutlich werdende Ignoranz gegenüber den harten machtpolitischen Realitäten der neoliberalen Kapitaloffensive und des Klassenkampfes in der Bundesrepublik. Im Parteivorstand gab es dagegen berechtigten Widerstand. Fünf Mitglieder stimmten gegen die Wahlstrategie; vier enthielten sich der Stimme.

¹ Strategischer Ansatz für die Bundestagswahl 2017, Wahlstrategie für DIE LINKE, Bundeswahlkampfleiter, Matthias Höhn, Stand 12. September 2016, S. 2.

² Hoffnung und Mut statt Angst. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, Strategie der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, <https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlstrategie-2017/>

Wahlstrategie und Gesellschaftsstrategie

Die Wahlstrategie einer linken Partei hat ihre Besonderheiten gegenüber der Gesellschaftsstrategie als langfristige Handlungsorientierung zur progressiven Veränderung der Gesellschaft. Wie bei jeder anderen Partei geht es bei der Wahlstrategie der LINKEN darum, das eigene Potential auszuschöpfen. Nach Umfragen soll das für die LINKE bei 17 Prozent liegen. Anliegen und Ziel einer Wahlstrategie ist eine optimale Mobilisierung der Mitgliedschaft und Anhängerschaft sowie der Wählerinnen und Wähler im Wahlkampf, ihre Stimme am Wahltag der LINKEN zu geben. DIE LINKE muss sich an bestimmte Zielgruppen wenden, Milieus ansprechen und im Wahlkampf deutlich machen, dass eine Stimme für die LINKE Sinn macht, weil sie politisch etwas in die richtige Richtung bewegt. Sie muss die Interessierten überzeugen, dass die gewählte Partei ihre Interessen und Sorgen im Bundestag und im politischen Leben vertreten bzw. zum Ausdruck bringen wird.

Darum bemüht sich das Strategiepapier: Es komme darauf an, die Stammwählerinnen und Stammwählerwähler im Wahlkampf »zu binden«, um die »linken Unentschlossenen (zu kämpfen« und »Nichtwählerinnen und Nichtwähler« sowie derzeitige Wählerinnen und Wähler anderer Parteien »von der LINKEN (zu überzeugen.« (S. 5) In diesem Sinne gelte es, einen »eigenständigen Wahlkampf« zu führen und ein »Reformprogramm« für eine »gerechte Gesellschaft« vorzulegen (das wird der Parteitag am 9. bis 11. Juni in Hannover beschließen), als »Einstieg, als einen ersten Schritt auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft«, das auf einen »Bruch mit drei Jahrzehnten neoliberaler Politik abzielt und die Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten verbessern würde.« (S. 6) Elf Forderungen – gute und sichere Arbeitsverhältnisse, höhere Steuern für Reiche bis zu einer friedlichen Außenpolitik ohne Waffenexporte, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Aufrüstung – werden genannt. DIE LINKE, so heißt es, werde »sich im Wahlkampf als eine Partei profilieren, die sich konsequent für die Interessen der Lohnabhängigen und der prekär Selbständigen in der Klassenauseinandersetzung mit dem Kapital einsetzt«. Sie werde die Verteilungsfrage stellen und sei »die einzige Partei, die die Eigentumsfrage stellt« (S. 2) Ihr Anspruch sei es im besonderen Maße, »die Interessen der Menschen in Ostdeutschland zu vertreten.« (S. 8) Die Wahlstrategie der LINKEN zur Bundestagswahl 2017, versteht sich insofern nicht nur als eine Anleitung für einen erfolgreichen Wahlkampf, sondern durchaus als Teil einer linken Gesellschaftsstrategie. Diesen Ansatz aber kann DIE LINKE nicht wirklich einlösen, weil sie keine stimmigen und überzeugenden Antworten vorlegt, auf welche Weise denn ihr »Reformprogramm« tatsächlich verwirklicht werden kann. Das aber gehört zur Gesellschaftsstrategie ebenso wie zur Wahlstrategie. Widersprüchlich und unglaublich wird es im Strategiepapier überall dort, wo es konkret um das »Wie« einer Durchsetzung des vorgesehenen »grundlegenden Richtungswechsels« bzw. des »Bruchs« gegen bzw. mit dem Neoliberalismus geht.

Ignoranz gegenüber machtpolitischen Realitäten

Verwiesen wird zunächst (S. 2) auf die Position im Erfurter Grundsatzprogramm: »Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke, demokratische, sozialökologische und friedliche Politik durchzusetzen, Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an. Hierfür ist es erforderlich, die Solidarität der Lohnabhängigen herzustellen, von den Kernbelegschaften bis zu den prekär Beschäftigten. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, deren gemeinsames Interesse zu betonen.«

Diese Orientierung bringt das zum Ausdruck, was Marxistinnen und Marxisten zu den Möglichkeiten politischer und sozialer Verbesserungen im Grundsatz immer gesagt haben: Die eigentlichen Triebkräfte für eine progressive Veränderung der Gesellschaft sind nicht im Staat, nicht bei klugen linken Politikern und nicht im Parteiensystem, sondern in der Gesellschaft, im Kampf der ausgebeuteten und beherrschten Gesellschaftsklassen für ihre Interessen zu finden. Die gegebenen Machtverhältnisse schützen die bestehenden Eigentumsverhältnisse und Klassenmachtverhältnisse. Will man die Eigentumsverhältnisse, einschließlich der Verteilungsverhältnisse ändern, müssen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Klassenkampf von unten, durch Schaffung von politisch-organisatorischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht der Lohnarbeiterklasse grundlegend verändert werden. Im Ergebnis dessen können dann auch soziale und politische Verbesserungen erkämpft werden.

Die Wahlstrategie von Sozialistinnen und Sozialisten muss sich in diese Gesellschaftsstrategie einordnen, darf sie nicht konterkarieren. Sie mobilisiert für Widerstand und Gegenmacht. Sie hat über die politischen Zustände aufzuklären, insbesondere dadurch, dass sie den »täuschenden Schein der Dinge«³ immer wieder enthüllt. Dann wird klar: Wahlen sind im wirklichen Leben der Bundesrepublik keinesfalls die Quelle der politischen Macht des Volkes. Wahlen sind eine Methode, mittels derer die Regierung als geschäftsführender Ausschuss der herrschenden Klasse von miteinander konkurrierenden Fraktionen der politischen Elite auf Zeit gebildet wird. DIE LINKE muss gerade auch im Wahlkampf herausstellen, was in ihrem Grundsatzprogramm steht: »Die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt.«⁴

Die LINKE darf im Wahlkampf nicht über die politischen Zustände, über die machtpolitischen Gegebenheiten schweigen. Denn diese Zustände machen es unmöglich, die »neo-

³ K. Marx: Lohn, Preis und Profit. In: MEW, Bd. 16, Berlin 1975, S. 129.

⁴ Programm der Partei DIE LINKE, Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitag der Partei DIE LINKE am 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt, Abschnitt II.

liberale Politik« einfach abzuwählen. Natürlich kann man Wahlkämpfe nicht mit Pessimismus gewinnen. Aber politische Verheißungen für den Fall eines Wahlsieges dürfen weder Selbsttäuschungen noch Wählertäuschungen sein. Wahlpropaganda darf nicht der Versuchung erliegen, im Eifer des Wahlkampfes vorhandene Illusionen in der Bevölkerung über die Machbarkeit des politisch Notwendigen noch zu stärken, was das Strategiepapier tut. Aufklärung in Wahlzeiten muss darüber hinaus auch die »harten Wahrheiten« aussprechen, mit denen die LINKE selbst konfrontiert ist.

Das Strategiepapier unterstellt, dass die neoliberale Politik durch eine andere Politik ersetzt werden kann, wenn die »demokratisch legitimierte(n) Institutionen die gesellschaftliche Entwicklung politisch gestalten und das nicht den Konzernen und Banken überlassen.« (S. 3) Damit verkennt es den stabilen Charakter des Neoliberalismus als Politik eines Kapitalismus, der ohne Eingriffe des Staates zu Gunsten der Profite der Konzerne und Banken, ohne Flutung immer neuer gesellschaftlicher Bereiche durch das Kapital und ohne fortwährende Schuldenmacherei nicht mehr existieren kann.

Die Mitte der siebziger Jahre begonnene und nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa 1989/1991 sich verschärfende Politik des Neoliberalismus hat den Charakter einer Gegenreformation gegen den asymmetrischen sozialstaatlichen Klassenkompromiss der fünfziger und sechziger Jahre. Machtpolitisch zeichnet er sich durch eine »stabile hegemoniale Herrschaftskonstellation« zu Gunsten des Kapitals aus.⁵ Die Wahlstrategie aber zeichnet das Bild eines Neoliberalismus, in dem dessen machtpolitische Komponente keine sichtbare Rolle spielt. Und es blendet die entsprechenden Erfahrungen beim Mitregieren in den Bundesländern aus.

Praxistest Landesregierungen: nirgendwo Politikwechsel

Im Gegensatz zur SPD und den Grünen, so das Strategiepapier, wisse »man bei der LINKEN, was man bekommt.« (S. 6) DIE LINKE sei überall etabliert »als soziale Alternative zu Neoliberalismus und Rechtsruck«. Ausdrücklich verwiesen wird dann auf die guten Erfahrungen mit dem Regieren in Brandenburg, Berlin und vor allem in Thüringen, wobei im Strategiepapier keine Aussage darüber zu finden ist, was die LINKE-Wählerin/der LINKE-Wähler denn in diesen Ländern positiv »bekommen« haben. (S. 6)

Richtig ist, dass die Regierungsbeteiligungen der LINKEN in Brandenburg, Berlin und Thüringen Praxistests darüber sind, was die LINKE »in Regierungsverantwortung« politisch bewirken kann (natürlich sind dem in den Bundesländern schon rechtlich und finanzpolitisch sehr enge Grenzen gesetzt). Das was man in den Ländern bekommen sollte, stand in den entsprechenden Wahlstrategien oder Wahlprogrammen der LINKEN: einen »wirklichen

⁵ Frank Deppe: Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus der Gegenwart, Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Z., Nr. 61, 2005, S. 10.

Politikwechsel«. Das »was man bekommt«, wenn man mitregiert, ist mittlerweile erkennbar: Neoliberalismus mit allenfalls etwas menschlicherem Antlitz (in Thüringen z. B. öffentliche Trauer bei Bootsunfällen von Flüchtlingen im Mittelmeer, Schaffung von jährlich 500 bis 1000 öffentlich geförderten Arbeitsplätze besonders für Langzeitarbeitslose).

In den Landesregierungen haben sich die Politiker der LINKEN so verhalten als wäre DIE LINKE eine »zweite SPD«, die sich als linkssozialistische Partei verabschiedet und den Brückenschlag zu den neoliberalen Parteien und zur neoliberalen Politik vollzogen hat. Es hat sich das bestätigt, was realistische Politiker schon immer gesagt haben: Der Marsch durch die Institutionen verändert nicht die Institutionen, sondern die Marschierer. DIE LINKE macht in Folge dessen eine Glaubwürdigkeitskrise durch, über die in dem Papier zur Wahlstrategie geschwiegen wird. Die Linken in der LINKEN sind gut beraten, wenn sie kritisch und konkret nachfragen, was denn das Mitregieren in den Ländern gebracht hat?

Im Freistaat Thüringen bekennt sich DIE LINKE in der Koalitionsvereinbarung zu »Sozialpartnerschaft und verantwortlichem Unternehmertum«. ⁶ Man gibt Prinzipien auf, kungelt und unterscheidet sich so nicht mehr von den anderen Parteien. Trotz Bedenken akzeptierte Ministerpräsident Bodo Ramelow die Schuldenbremse als Eckpfeiler der neoliberalen Haushaltspolitik einer begrenzten Kreditaufnahme. Im Bundesrat haben die Vertreter Thüringens Anfang April 2017 sich bei der Abstimmung über die Pkw-Maut enthalten und so verhindert, dass die Sache an einen Vermittlungsausschuss überwiesen wurde. Alexander Dobrindt hatte dafür Bodo Ramelow die Elektrifizierung der Strecke Jena - Gera versprochen. Gegen massiven Widerstand in der Bevölkerung ist die Thüringer Landesregierung dabei, eine Funktional- und Gebietsreform durchzusetzen, die für die Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Nachteile wie abnehmende Bürgernähe bringt.

Die Thüringer Landesregierung unter Bodo Ramelow betreibt massiver als in irgendeinem anderen ostdeutschen Bundesland eine institutionelle Abrechnung mit der DDR im Geiste des Kalten Krieges. An die Stelle einer differenzierten und abgewogenen Sicht auf die DDR als Sozialismusversuch unter schwierigen Bedingungen, wie sie das Erfurter Grundsatzzprogramm fordert, ist die Diffamierung und Delegitimierung der DDR als vermeintlicher »Unrechtsstaat« getreten. Eine interministerielle Arbeitsgruppe verfasst jährlich Berichte darüber, wie »die Aufarbeitung der SED-Diktatur« weiter zu führen ist. ⁷

⁶ Thüringen gemeinsam voranbringen - demokratisch, sozial, ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die 6. Periode des Thüringer Landtags, Erfurt, 4. Dezember 2014, S. 8.

⁷ Bericht der Landesregierung zu Stand und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2015 bis Februar 2016, Erfurt, den 23. Feb. 2016 und Bericht der Landesregierung zur ihren Aktivitäten der Aufarbeitung der SED-Diktatur für den Zeitraum März 2016 bis Februar 2017, Thüringer Landtag, 6. Wahlperiode, Drucksache 3512, 1. 03. 2017.

In ihrem Wahlprogramm von 2014 hatte die LINKE in Thüringen die Auflösung des Verfassungsschutzes verlangt. Mittlerweile hat der Thüringer Verfassungsschutz mehr Mitarbeiter und einen größeren Haushalt denn je.⁸ Der Thüringer Verfassungsschutzbericht für 2014/2015 bezeichnet den Zusammenschluss Kommunistische Plattform (KPF) in der LINKEN, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Rote Hilfe e. V. und antifaschistische Organisationen wie die Antifaschistische Aktion Gotha als verfassungsfeindlich.⁹

Nicht zuletzt diese Praktiken und Entwicklungen, zu denen das Strategiepapier kein Wort sagt, haben dazu geführt, dass die politische Enttäuschung »über Politik und Parteien« auch eine Glaubwürdigkeitskrise der LINKEN einschließt. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg am 14. September 2014 verlor die LINKE nach knapp fünf Jahren Regierungsbeteiligung 193.066 der Zweitstimmen, mehr als noch 2009 für sie votierten (183.178). Etwa 116.000 davon gingen zu den Nichtwählern. Die LINKE erreichte in Thüringen bei der Landtagswahl 2014 mit 28,2 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1990, auch mit dem Versprechen eines »wirklichen Politikwechsels«. Derzeit liegt die LINKE bei Umfragen zur Wahlabsicht bei der nächsten Landtagswahl in Thüringen noch bei 22 Prozent.

Illusionstheater ums Mitregieren im Bund

Es ist eine alte Erkenntnis: Eine Partei, die sich maßgeblich über Koalitionsaussagen mit anderen definiert, kann im Wahlkampf kein eigenständiges Profil entwickeln und so auch kaum eine Wahl gewinnen. Als Politiker der PDS im Bundestagswahlkampf 2002 mit Tolerierungs- und Koalitionsavancen gegenüber der SPD und Gerhard Schröder Wahlkampf machten, langte es für sie am Wahltag nur noch für vier Prozent der Zweitstimmen.

Erfreulich ist so, dass der erste Entwurf eines Strategiepapiers, der offensiv auf »r2g« im Bund orientierte, vom Parteivorstand abgelehnt wurde. Das verabschiedete Strategiepapier ist in der Regierungsfrage zwar zurückhaltender, aber in der Sache keineswegs ablehnend. Bemüht werden angeblich eindeutige Erwartungen der Anhänger der LINKEN: »90 Prozent unserer Wählerinnen und Wähler sind der Meinung, DIE LINKE sollte der nächsten Bundesregierung angehören.« Danach kommt die Aussage: »Viele erwarten von uns einen Politik- und Regierungswechsel. ... Wir werden regieren, wenn wir mit anderen einen grundlegenden Politikwechsel durchsetzen können.« (S. 6)

Behauptet wird zum einen: »Je stärker DIE LINKE, desto eher werden auch SPD und Grüne diesen Politikwechsel unterstützen.« Einen solchen Zusammenhang aber gibt es nicht. Nie hatte DIE LINKE ein besseres Ergebnis erreicht als zur Bundestagswahl 2009 – nämlich

⁸ Nach Wikipedia Stichwort Verfassungsschutz und www.kriminalpolizei.de. entwickelte sich der Thüringer Verfassungsschutz wie folgt: 2013 97 Vollzeitstellen, 2016 (Stand Juni) 103 Stellen; Haushaltsmittel: 2013 6,7 Mill. €, 2016 7,6 Mill. €.

⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2014/2015, Pressefassung, (Stand 20. September 2016).

11,9 Prozent – und nie war sie so weit vom Regieren entfernt wie damals.

Zum anderen heißt es, dass ein Richtungswechsel »ohne gesellschaftlichem Druck« und »ohne eine gesellschaftliche Mehrheit neben einer politischen« nicht gehen wird. So einfach aber ist das nicht. Die geschichtlichen Erfahrungen besagen etwas anderes. In Europa gab es seit den fünfziger Jahren acht Praxistests des Regierens von kommunistischen oder linkssozialistischen Parteien mit sozialdemokratischen Parteien. Nirgendwo gab es jedoch einen wirklichen Politikwechsel.¹⁰ Überall verloren die linken Parteien infolge ihres Mitregierens an Glaubwürdigkeit Stimmen und Parlamentsmandate. Selbst das Beispiel der französischen Linksregierung vom 23. Juni 1981 unter Francois Mitterand nach dessen Wahl zum Präsidenten der Republik kurz zuvor brachte letztlich keinen Richtungswechsel. Es existierten damals tatsächlich in Frankreich gesellschaftliche und politische Mehrheiten für die Linksregierung. Linke Politik mit zahlreichen sozialen und sozialökonomischen Reformen gab es lediglich für ein halbes Jahr. Für einen »wirklichen Politikwechsel« ist offenbar nicht weniger als ein revolutionärer außerparlamentarischer Aufbruch notwendig. Schließlich setzt das Strategiepapier alle Hoffnung auf eine Erneuerung in der SPD. Hoffnung komme auf, da in Teilen der SPD (vorher wird Sigmar Gabriel positiv zitiert) sich diejenigen durchsetzen könnten, die meinen, »es könne inhaltlich und koalitionspolitisch so nicht weitergehen« (S. 4). Im Zusammenhang mit der Beantwortung einiger Fragen, (Will die SPD höhere Steuern für Reiche? Gibt es mit ihr eine demokratische Rentenreform? Welche Vorschläge gibt es mit ihr zur Überwindung der Krise in der EU?) scheine sich in der SPD die Erkenntnis durchzusetzen, »ob von einem linken Kurswechsel gesprochen werden kann«. (S. 4)

Willkommen im Illusionstheater Bundestagswahl! Da fängt die SPD Führung an, das zu tun, was sie im Wahlkampf immer tut, nämlich links zu blinken, um aus ihrem Umfragetief herauszukommen (was ihr ja mittlerweile infolge der Selbstdarstellung von Martin Schulz als Messias der sozialen Gerechtigkeit gelungen zu sein scheint) und Politiker der LINKEN nehmen das für bare Münze. Statt die Herrschaftsverhältnisse und die Rolle von SPD-Politikern in diesen Verhältnissen zu thematisieren, wird die »Chance« eines Politikwechsels erkannt. Politische Naivität kann auch erschreckend sein.

¹⁰ Vgl. Thies Gleiss, Inge Höger, Lucy Redler, Sascha Stanic (Hg.): Nach Goldschätzen graben und Regenwürmer finden, Die Linke und das Regieren, Köln 2016 und Ekkehard Lieberam, Die Integrationsfalle, Ein historischer Überblick und eine Warnung an Die Linke, junge Welt vom 10. Dezember 2016.

Der Konkurrenzkampf um das Thema soziale Gerechtigkeit - Das Beispiel Hartz IV

Lange Zeit schien es so, als habe sich die SPD endgültig von ihrem einstigen Anspruch, Interessenvertretung der Lohnabhängigen zu sein, verabschiedet. Dafür sprach die vom damaligen Kanzler Gerhard Schröder im März 2003 verkündete Agenda 2010 mit dem Kernstück der Hartz-IV-Regelungen. Dieser vom neoliberalen Geist geprägte Kurs kostete den Sozialdemokraten nicht nur die Kanzlerschaft, sondern führte sie in eine tiefe Krise, die sie bis heute nicht überwunden hat.

Als ein wesentliches Ergebnis dieser Auseinandersetzungen entstand bekanntlich als gesamtdeutsche Partei DIE LINKE, die bis zum heutigen Tag die einzige im Bundestag vertretene Anti-Hartz-IV-Partei ist. Und dennoch ist es auch der LINKEN nicht gelungen, das in der Mitte des vorigen Jahrzehntes vorhandene breite Protestpotential gegen Hartz IV dauerhaft am Leben zu erhalten. Allein das durchaus gerechtfertigte Motto »Hartz IV ist Armut per Gesetz – weg damit« mobilisierte kaum noch zu Protestaktionen. Insbesondere wurde die Frage, was nach Hartz IV kommen müsste auch von uns bislang nicht überzeugend konzeptionell beantwortet. Allein unsere zahllosen Vorschläge zur Anhebung der Regelleistungen oder der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft waren zwar berechtigt, stellten aber das Gesamtsystem nicht in Frage und wurden zudem alle abgelehnt.

Martin nimmt uns die Themen weg

Diese Befürchtung wurde schon unmittelbar nach den ersten Verlautbarungen des neuen SPD-Vorsitzenden und designierten Kanzlerkandidaten Martin Schulz hinter vorgehaltener Hand in unseren Reihen geäußert. Auf den ersten Blick scheint sich das ja auch zu bestätigen. Viele der inzwischen von Schulz gestellten Forderungen haben wir bisher vertreten. Allerdings waren wir schon weitaus konkreter als Herr Schulz, der es bei wohlfeilen Ankündigungen belässt und immer dann, wenn konkret nachgefragt wird antwortet, dass daran gerade gearbeitet wird. Der neue SPD-Vorsitzende sollte vielmehr endlich kritisch dazu Stellung nehmen, wem wir die sozialen Spannungen und die Zunahme von Armut zu verdanken haben. Es war die SPD, die auch nach Gerhard Schröder an fast allen Bundesregierungen beteiligt war und ausgerechnet die Minister stellte, die für Arbeit und Soziales zuständig sind.

Statt Kosmetik Generalreparatur

Martin Schulz möchte auch künftig an der Agenda 2010 und den Hartz-Regelungen fest-

halten, bestenfalls einige kosmetische Glättungen vornehmen. Das sollten wir ihm nicht durchgehen lassen, sondern deutlicher, als das mit Blick auf eine eventuelle Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene bislang geschehen ist, darauf hinweisen, welcher dringende Reformbedarf sich angestaut hat. Dabei ist es hilfreich, noch einmal zum Ursprung von Hartz IV zurückzukehren und deutlich zu machen, dass wir es mit einem Paradigmenwechsel vom kapitalistischen Wohlfahrtsstaat zum rigorosen Sozialabbau zu tun haben. Deshalb bedarf es eben einer Generalreparatur, die das, was damals eingeführt wurde vom Grundsatz her in Frage stellt.

Um das Wesen der Hartz-IV-Regelungen zu charakterisieren, seien zumindest folgende Aspekte angeführt:

- Mit der Agenda 2010 und insbesondere mit Hartz IV wurde der in der Geschichte der BRD bis dahin schärfste Eingriff in bestehende und erkämpfte soziale Standards vollzogen.
- Hartz IV ist beileibe nicht nur auf arbeitsmarktpolitische Veränderungen gerichtet, sondern bedeutet tiefe Eingriffe in die Lebenssituation von Millionen Menschen, von Erwerbstätigen und deren Familien.
- Die ursprünglich angedachte Wechselbeziehung von Fördern und Fordern hat es so nie gegeben. Durch rigorose Mittelkürzungen und Sanktionen bei Entwertung von bisherigen Erwerbsbiografien und Qualifikationen überzog immer mehr das Fordern.
- Hartz IV hat real zu mehr Armut geführt. Die entsprechenden Quoten sind bundesweit und sachsenweit angestiegen und betreffen alle Generationen. Schon jetzt wirken sich unterbrochene Erwerbsbiografien oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Sinne einer sich aufladenden Hypothek bis zur Rente aus.
- Hartz IV ist mit einer Schwächung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme verbunden. So reichen die Mindestbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung nicht aus, so dass die Gesamtmitglieder der Kassen in Mithaftung genommen werden.
- Der Rückgang von Langzeitarbeitslosen in Sachsen speist sich nicht in erster Linie aus arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen, sondern hat andere Ursachen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet sind das mehrere Konjunkturprogramme, beispielsweise nach Naturkatastrophen, der Wegzug von etwa einer halben Million Arbeitssuchender aus den neuen Bundesländern, die Vernichtung von Vollzeit Arbeitsplätzen zu Gunsten von Arbeitsgelegenheiten, Mini- und Midijobs sowie den beträchtlichen Anstieg der Zahl von Selbständigen, darunter nicht weniger Scheinselbständige. Beleg dafür ist auch die hohe Zahl von Aufstockern.

Komplexer Wandel

Um Hartz IV zu überwinden, was Martin Schulz gar nicht erst in Erwägung zieht, genügt es nicht, lediglich an einigen Stellschrauben zu drehen. Und auch bestimmte Antragsinitiativen der LINKEN in den letzten Monaten unter der Überschrift »Ersetzung von Hartz IV durch sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro« greifen zu kurz und wecken überdies gerade im Bundestagswahlkampf Illusionen. Hartz IV werden wir nicht überwinden, wenn es lediglich zu einer Anhebung der Regelleistungen oder gar zu einer Grundsicherung von 1.050 Euro kommt. Das wäre lediglich eine beträchtliche Anhebung der Alimentierung von Nichtarbeit und unterstellt, dass es sich bei Hartz IV lediglich um Regelungen zur Finanzierung der Existenz der Betroffenen handeln würde. Außerdem müsste selbstverständlich das Lohnabstandsgebot beachtet werden. Danach dürfen Sozialhilfeleistungen nicht höher als tariflich vereinbarte Löhne liegen.

Zuzustimmen ist daher unserer Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann, die in einem Papier »Endlich für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen – arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ideen für Sachsen im Rahmen der Bundestagswahl 2017« für die Sitzung des Landesvorstandes der LINKEN Sachsen vom 7. April eine ganze Reihe von Faktoren anführt, die zur Abschaffung von Hartz IV zu beachten sind. Sie geht damit weit über den Entwurf eines Leitantrages für den Landesparteitag der sächsischen LINKEN hinaus, der am 29. April in Glauchau stattfindet. In diesem Papier taucht die Bezeichnung »Hartz IV« nicht einmal auf.

Wer Hartz IV überwinden will, muss in erster Linie für gute Arbeit sorgen, für Arbeitsplätze, die ein Existenz sicherndes und armutsfestes Einkommen sichern, ohne dass aufstockende Leistungen gewährt werden müssen. Damit wären zugleich entscheidende Grundlagen für einen späteren Wohlstand sichernden Altersruhestand aus Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung gegeben. Ergänzend zum ersten Arbeitsmarkt bleibt für DIE LINKE der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor mit tarifgebundenen Verträgen und Löhnen bedeutsam. Dass der gesetzliche Mindestlohn von 12,50 Euro pro Stunde ohne Ausnahme gelten muss, bleibt ebenfalls Kampfauftrag. Solche inzwischen expandierende Formen prekärer Beschäftigung wie Leiharbeit sind abzuschaffen; Minijobs schrittweise in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln sowie sachgrundlose Befristungen zu verbieten. Das alles muss letztlich dazu führen, dass die Trennung von Arbeitslosen erster und zweiter Ordnung durch die Stärkung der paritätisch finanzierten Arbeitslosenversicherung überwunden wird.

Die »GroKo« und die Frauen – gibt es Alternativen?

Viele Frauenverbände und -vereine – auch Gewerkschaften – haben vor knapp vier Jahren große Hoffnungen in die im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot gemachten Versprechen gesetzt und erwarteten, dass die seit langem im Raum stehenden und durch die SPD nun formulierten Vorhaben umgesetzt werden. Die Hoffnungen ruhten dabei insbesondere auf den beiden SPD-Ministerinnen Andrea Nahles und Manuela Schwesig, doch nun zu Ende der Legislatur muss festgestellt werden, dass nicht viel von dem, was versprochen wurde, umgesetzt worden ist oder umgesetzt werden konnte.

Raus aus der Teilzeitfalle

So hat sich Bundesarbeitsministerin Nahles bemüht, das Gesetz über ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit auch vor der Bundestagswahl in das Parlament einzubringen, wird aber aus der CDU/CSU heraus massiv blockiert. »Das ist eine hinterwäldlerische Politik«, kritisiert DGB-Chef Reiner Hoffmann. Mit Blick auf den Fachkräftebedarf sei es wichtig, Frauen und auch Männern, die wieder Vollzeit arbeiten wollten, diese Möglichkeit zu geben. So wollen die CDU und CSU beim geplanten Gesetz über ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit einen Schwellenwert von 200 Beschäftigten fordern. Sprich: Erst in Betrieben ab 200 Beschäftigten soll das Gesetz überhaupt gelten. Das Problem: Die allermeisten Teilzeitbeschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Betrieben unter 200 Beschäftigten – mit diesem Schwellenwert würde das Gesetz also an der eigentlichen Zielgruppe komplett vorbeigehen und nur für die wenigsten Teilzeitbeschäftigten überhaupt gelten.

Bundesarbeitsministerin Nahles betonte noch einmal, dass vor allem Frauen in einer regelrechten »Teilzeitfalle« feststecken, wenn sie ihre Arbeitszeit – zum Beispiel zur Kinderbetreuung oder Pflege von Eltern – einmal reduziert haben. Eine Umfrage des Arbeitsministeriums hat gezeigt: Hunderttausende Teilzeitbeschäftigte wollen mehr oder sogar wieder Vollzeit arbeiten.

Das Potenzial vieler gut ausgebildeter Frauen wird derzeit nicht genutzt – obwohl viele dieser Frauen selbst den Wunsch haben, mehr zu arbeiten. Die verfestigte Teilzeit von Frauen in Deutschland, die zum Großteil nicht freiwillig gewählt ist, muss aufgebrochen werden. Doch der fertige Gesetzentwurf bleibt in der Abstimmung zwischen den Ministerien stecken, weil die CDU/CSU mit Mondzahlen agiert und den Schwellenwert von 200 Beschäftigten für das Gesetz fordert. Damit soll das Gesetz letztendlich verhindert werden. Kommt das Gesetz jedoch nicht, ist das ein glatter Bruch der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Auch in Fragen »Entgeltgleichheit« ist es kaum ein Stück weiter gegangen, wie am diesjährigen Equal Pay Days, der 2017 auf den 18. März fiel, festgestellt werden musste.

Die Statistik ist eindeutig: wenn wir die Durchschnittseinkommen von Männern und Frauen betrachten, so müssten Frauen eben vom 1. Januar 2016 bis zum 18. März 2017 arbeiten, um den gleichen Lohn zu erzielen, den Männer für das Jahr 2016 erhalten haben. Deutschland weist eine auffallend große Lohnlücke von 21 Prozent zwischen den Geschlechtern auf. Damit liegt das wirtschaftsstarke Deutschland bei den Verdienstunterschieden im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten ziemlich weit hinten – nicht gerade etwas, worauf man stolz sein sollte. Ganz »kluge Köpfe« relativieren diese Zahlen gerne: die unterschiedliche Bezahlung läge an der falschen Berufswahl von Frauen, die sich überproportional für schlecht bezahlte soziale und Dienstleistungsberufe entschieden.

Warum eigentlich werden soziale Berufe, die eher von Frauen ausgeübt werden, so schlecht bezahlt? Und das, obwohl sie doch eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung genießen und darüber hinaus unverzichtbar sind? Hier denken wir an Erzieherinnen, Altenpflegerinnen, Krankenschwestern, Grundschullehrerinnen etc.

Eine Aufwertung ebendieser Berufsgruppen ist dringend erforderlich. Die Gewerkschaft ver.di hatte in den letzten Tarifauseinandersetzungen die Aufwertung von Sozial- und Erziehungsberufen im Fokus. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum die Arbeit an und mit Menschen so viel weniger wert sein soll als die Arbeit an und mit Maschinen.

Da müssen wohl auch tradierte Rollenbilder bemüht werden, damit deutlich wird, dass sogenannte »frauentypische haushaltsnahe Tätigkeiten« dahinterstecken. Was Frau zu Hause umsonst macht, kann doch als Erwerbsarbeit nicht so teuer sein...?! Hier ist ganz klar Umdenken angesagt!

Gewerkschaften fordern schon jahrelang ein Entgeltgleichheitsgesetz und die verbindliche Anwendung des Prüfverfahrens eg-check. Freiwillig passiert da gar nichts! Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden sich um das Thema »Gleiches Geld für gleiche + gleichwertige Arbeit« offensiv im Betrieb zu kümmern!

Bundesministerin Schwesig will jetzt ein sogenanntes Lohngerechtigkeitsgesetz auf den Weg bringen, das helfen soll, die Entgeltlücke zu schließen. Sie setzt damit eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um, der allerdings auch enge Grenzen hinsichtlich der möglichen Maßnahmen und deren Reichweite setzt. Das geplante Gesetz sieht vor, dass geprüft, bewertet, dokumentiert, berichtet und veröffentlicht wird. Allerdings sind keine Sanktionen vorgesehen – selbst dann nicht, wenn festgestellte Entgeltungleichheit nicht beseitigt wird. Dies ist ein großes Defizit. Außerdem soll das Gesetz erst ab einer Beschäftigtenzahl von 500 greifen.

Beschäftigte in Betrieben ohne Interessenvertretung sind grundsätzlich auf den individuellen Klageweg angewiesen. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend, da die wenigsten Beschäftigten zu diesem Mittel greifen werden. Kollektive Schutzmechanismen wie das Verbandsklagerecht müssten deshalb in Erwägung gezogen werden.

Arbeit 4.0 - auch für Frauen

Wir leben in bewegten Zeiten: Die Wirtschaft verändert sich rasant, Unternehmen sind immer stärker vernetzt – weltweit und digital. Neue Arbeitsformen wirken sich unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen auch von Frauen aus. Arbeitsverdichtung und die Forderung, immer mehr Aufgaben in kürzerer Zeit zu lösen, können die Lebensbedingungen und -qualität dramatisch verschlechtern.

Der Wandel bietet Beschäftigten aber auch die Chance, ihre Arbeitsbedingungen besser an den eigenen Bedarf anzupassen, wenn sie darüber auch mitbestimmen können. Flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und Home-Office – davon könnten insbesondere Menschen mit Familienverantwortung profitieren.

Gleichzeitig drohen Berufe wegzufallen, in denen viele Frauen arbeiten, zum Beispiel in Bürobereichen, in der Buchhaltung und in der Nahrungsmittelindustrie. Andere Berufe werden sich stark verändern, wenn neue Technologien entwickelt und eingesetzt werden. Deshalb muss die Weiterbildung und Qualifizierung für alle Beschäftigten gestärkt und gesetzliche Regelungen für Freistellung bei Fortbildung bundeseinheitlich geschaffen werden!

Auch in Sachsen kaum Bewegung

In Sachsen hat es seit dem Regierungswechsel 2014 auch in Sachen Gleichstellung wenig Bewegung gegeben. Gleichstellungs- und Integrationsministerin Petra Köpping ist durch den massiven Zustrom von Geflüchteten gerade zu Beginn ihrer Amtszeit kaum zur Bearbeitung anderer Themenfelder gekommen, zumal ihr Ressort personell nicht gut aufgestellt war. Das in Angriff genommene Gleichstellungsgesetz, in das viele Frauenvertretungen, so auch der Landesfrauenrat, große Hoffnungen auf eine moderne Gleichstellungspolitik in Sachsen gesetzt hatten (das derzeit geltende Frauenfördergesetz stammt aus dem Jahr 1994!!!), »hängt in den Seilen« zwischen allen Fachministerien. Wann es endlich in den Landtag eingebracht, wird steht in den Sternen. So ist die Arbeit der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, aber auch von Frauenbeauftragten in Ministerien und staatlichen Institutionen, erschwert und nicht klar geregelt. Auch in Fragen der Förderung von Frauenprojekten, der Organisation des Frauenschutzes oder auch der Geschlechtererziehung an den sächsischen Schulen, einschließlich der Berufswahl, gibt es viel liegengeliebene Arbeit.

Viele Aufgaben für die Opposition

Auf dem Gebiet der Gleichstellungspolitik gibt es für die größte Oppositionsfraktion im Bundestag wie im Sächsischen Landtag viel zu tun. Die vielfältigsten Fragen der strukturellen wie auch gesetzlichen Diskriminierung von Frauen müssen aufgezeigt und Vorschläge für Veränderung gemacht werden wie:

- Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt (Bezahlung, Arbeitszeit, Aufstiegschancen)
- gerechte und individuelle Besteuerung aller durch Abschaffung des Ehegattensplittings und anderer Steuerprivilegien
- Beseitigung von Lohnlücken und Lücken in der Rente zwischen Frauen und Männern
- Steuerfinanzierte einheitliche Mütterrente für die Betreuung und Erziehung aller Kinder unabhängig von Geburtsort und Geburtsjahr
- Schaffung von Möglichkeiten, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen – im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen wie Männer bei einer gleichberechtigten Teilhabe beider in allen Bereichen
- Wohnortnahe und am Bedarf orientierte Kinderbetreuung, ÖPNV, Versorgungseinrichtungen sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen
- Schaffung einer Kindergrundsicherung ohne Anrechnung auf die sozialen Bezüge der Eltern
- Gleichstellung aller Lebensformen und Lebensweisen, Unterstützung von alleinerziehenden Eltern in vielfältigen Formen
- Schutz von Frauen und Kindern vor allen Formen von Gewalt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit bundeseinheitlicher Finanzierung

Gleichstellung muss dementsprechend komplex gesehen und nicht nur als Politikfeld für einzelne – mehr oder weniger große sogenannte »Randgruppen« – betrachtet werden.

Die Welt 4.0 – das Internet der Dinge steht vor der Tür

Während wir uns in den 2000er in der »Welt 2.0« befanden, sind wir nun schon im Zeitalter 3.0 angekommen. Der technologische Fortschritt schreitet rasant voran. Dies zeigt sich auch darin, dass wir etwa 2025 schon in der Welt 4.0 leben.

Die Frage ist jedoch: Kommen wir bei dieser schnellen Entwicklung hinterher? Fakt ist, unsere Gesellschaft wird sich verändern, ob zum positiven oder negativen, dass wird sich zeigen. In diesem Beitrag wollen wir Beispiele geben, welche Veränderungen auf uns in einer Welt 4.0 warten. Dabei nehmen wir keine Wertungen vor, ob die Entwicklungen gut oder schlecht sind. Doch zunächst wollen wir einen kurzen Einblick geben, wie die »4.0« überhaupt entstanden ist.

Die industrielle Revolution bleibt nicht stehen

Die erste industrielle Revolution begann im 18. Jahrhundert und endete nach dem ersten Weltkrieg. In der zweiten industriellen Revolution wurden Fahrzeuge eingesetzt, die Fließbandarbeit weiterentwickelt und Metropolen entstanden beispielsweise. Nun befinden wir uns seit etwa 2008 in der dritten Industriellen Revolution. Die erneuerbaren Energien und der Versuch die Produktion auf ein höheres Level anzuheben, prägen den Fortschritt. Schon 2025 sollen wir in der vierten Industriellen Revolution ankommen – also in acht Jahren!

Das Web erobert die Welt

Auch unsere Kommunikationstechnologie hat sich weiterentwickelt. Bis zum Platzen der Dotcom-Blase verlief die Kommunikation einseitig vom Produzenten zum Konsumenten. Mit dem Social Web (Web 2.0) entstand der Prosument. Nutzer suchten nicht nur die Interaktion mit den Unternehmen, sondern auch miteinander. Jeder war nun in der Lage eigene Inhalte zu produzieren. Unmengen an Daten schwirrten durchs Netz, die bis dahin nicht analysiert werden konnten. Das relevante oder auch semantische Web (Web 3.0) verleiht den Inhalten nun eine Bedeutung. Möglich ist auch Big Data zu speichern und zu analysieren. Das bedeutet für den Nutzer, dass er nur relevante Inhalte erhält und somit die Informationsflut bewerkstelligen kann.

Das Internet der Dinge

Das Web 4.0 trifft auf die vierte industrielle Revolution und wird zum Internet der Dinge. Das bedeutet, dass die Informations-, Kommunikations- sowie Automationstechnologien

verschmelzen. Maschinen werden intelligent und werden befähigt, selbstständig zu handeln. Die reale Welt verschmilzt mit der Virtuellen. Jeder Mensch und jede Maschine wird zukünftig mit miteinander und untereinander, überall und jederzeit kommunizieren.

Auswirkungen auf die Arbeit

Industrie 4.0

Durch das Internet der Dinge muss der Arbeitsbegriff neu definiert werden. Denn es drohen zunächst zahlreiche Entlassungen. Gebraucht werden zukünftig Spezialisten und Programmierer. Der Arbeiter, welcher monotone und standardisierte Aufgaben erledigt, wird durch Maschinen abgelöst. Jedoch müssen diese auch betreut und programmiert werden, weswegen auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die Kommunikation der Maschinen untereinander und der absoluten Markttransparenz, sind eine optimale Logistik, angestimmte Prozesse und eine ressourcenschonende Produktion möglich. Auch die Sicherheit am Arbeitsplatz kann durch Sensoren verbessert werden, die uns auf Fehler hinweisen.

Mithilfe des 3D-Druckers ist jeder in der Lage, sich sein gewünschtes Produkt zu drucken. Massenproduktionen und standardisierte Maße gehören damit der Vergangenheit an. Individualität und Unabhängigkeit sind möglich und öffnen den Markt für Nischenprodukte. Sind diese bisher eher regional begrenzt, gibt es im Internet der Dinge keine Grenzen mehr. Der Weg zu einer absoluten Markttransparenz ist geebnet. Spannend wird, ob sich Privat Property oder die Creative Commons durchsetzen.

Büro 4.0

Alle Welt spricht von der Industrie 4.0, dabei wird es auch im Dienstleistungssektor Veränderungen geben. Im Büro 4.0 können die Mitarbeitenden überall und jederzeit arbeiten. Ein fester Unternehmenssitz wird obsolet. Co-Working Spaces und Home Office werden schon jetzt praktiziert. Die Arbeit in virtuellen Teams wird steigen. Entsprechend braucht es in den Büros neue Bürokonzepte, die dieses Arbeiten ermöglichen. War bisher nur die Work-Life-Balance möglich, können Mitarbeitende nun auch den Work-Life-Blending-Ansatz verfolgen. Arbeiten entsprechend den eigenen Bedürfnissen, heißt die zukünftige Divise. Neue Berufszweige wie Clickworker entstehen, wo diese Freiheit genutzt bzw. ausgenutzt wird. Auch hier werden Arbeitsprozesse, die immer in den selben Schemata ablaufen von Robotern ersetzt.

Bildung 4.0

Für die zukünftige Arbeitswelt braucht es Spezialisten und diese müssen gebildet sowie ausgebildet werden. Die Digitalisierung macht es möglich, dass an jedem Ort der Welt

gelernt werden kann. Ein globales Bildungsniveau ist möglich. Webinare gibt es schon jetzt. Damit ergeben sich besonders für ländliche Regionen, wo eine Schule zu kostenintensiv erscheint neue Möglichkeiten. Besonders jedoch profitieren sogenannte Entwicklungsländer. Fehlt es bei diesen an Infrastruktur, gibt es je Dorf mindestens ein Smartphone und Internet. Darüber können Inhalte vermittelt und Hilfe zur Selbsthilfe aufgezeigt werden.

Medizin 4.0

Ein Beispiel dafür ist die Safe Delivery App, die Hilfestellungen für gebärenden Frauen und den Neugeborenen gibt. Ziel ist so die Sterblichkeitsrate für Mütter und ihre Kinder zu senken. Bei uns hilft die Tele-Schwester in ländlichen Regionen, in denen es an Allgemeinmedizinerinnen fehlt. Nanopartikel werden erforscht, um z. B. Krebs zu bekämpfen. Der 3D-Druck macht es jetzt schon möglich, Organe getreu dem eigenen Körper nach zu bauen und so für Ärzte eine bessere Planung bei Operationen zu ermöglichen. Jedoch sind diese noch nicht für den Einsatz im Körper geeignet.

Eine neue Gesellschaft

Das Internet der Dinge wird Auswirkungen auf unser gesamtes Leben haben. Wir haben damit die Möglichkeit unser bestehendes Gesellschaft- sowie Wirtschaftssystem neu zugestalten. Doch dazu braucht es flächendeckende, aufeinander aufbauende Konzepte, die allumfassend auf unsere Gesellschaft wirken.

Sozialismus an der Peripherie

Einige Gedanken zur Aktualität von Manfred Kossok und seinem Werk

Der hundertste Jahrestag der russischen Doppelrevolution vom Februar und Oktober 1917 wirft sowohl die Frage nach deren geschichtlichen Ort als auch nach der Bedeutung für die sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart auf. Eric Hobsbawm charakterisierte sie als ein für das 20. Jahrhundert ebenso zentrales Ereignis, wie es die Französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war.¹ Die genannten Fragen sind im Verlauf des Jahres gewiss noch vielfach Diskussionsgegenstand in der Linken und der Partei DIE LINKE. Zahlreiche Veranstaltungen werden durchgeführt und diverse Publikationen sind angekündigt bzw. schon erschienen.²

An dieser Stelle soll an den bedeutenden Leipziger Historiker Manfred Kossok (1930-1993) erinnert werden, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, das für die Nachgeborenen viel Unabgeholtes und damit eine Herausforderung für die Gegenwart und Zukunft bereit hält.³ Bevor auf einige ausgewählte, unlängst erneut veröffentlichte Texte⁴ näher eingegangen wird, soll kurz sein wissenschaftlicher Werdegang nachgezeichnet werden.



Manfred Kossok (1930-1993)

Foto: Archiv

Am 18. Mai 1930 als Sohn eines Hilfsmaschinisten in Breslau geboren, erlernte er zunächst das Schumacherhandwerk. Nach dem Abitur in Hoyerswerda beschrift er Anfang der 1950er Jahre an der Universität Leipzig in politisch bewegter Zeit und angeregt von hochgeachteten Lehrern wie Ernst Bloch, Ernst Engelberg, Theodor Frings und Werner Krauss,

¹ »Die Oktoberrevolution hatte jedoch ein sehr viel stärkeres und globaleres Echo als ihre Vorgängerin. Zwar ist mittlerweile deutlich geworden, dass die Ideen der Französischen Revolution die des Bolschewismus überlebt haben, aber die faktischen Auswirkungen von 1917 waren bei weitem größer und anhaltender als die von 1789. Die Oktoberrevolution brachte die gewaltigste Revolutionsbewegung der modernen Geschichte hervor.« Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 2012, Seite 79.

² Zu den schon publizierten Büchern mit hohem Neuigkeitswert zählt Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Die russische Linke zwischen März und November 1917. Berlin 2017. Mitte des Jahres erscheint u.a. Frank Deppe: 1917-2017. Revolution und Gegenrevolution. Hamburg 2017.

³ Siehe Manfred Kossok: Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Matthias Middell in Verbindung mit Katharina Middell. Bd. 1-3. Leipzig 2000.

⁴ Siehe Manfred Kossok: Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften. Hrsg. von Jörn Schütrump. Berlin 2016. Im weiteren Aufbau des Beitrages lehne ich mich stark an diese verdienstvolle Publikation an.

allen voran aber von Walter Markov, den Weg in die historische Wissenschaft. Als Markovs Meisterschüler und späterer Mitstreiter wählte er die Revolutionsgeschichte zu seinem Lebensthema. Kossok war ein Universalhistoriker mit ausgeprägtem Sinn für übergreifende theoretische Fragen und für die gesellschaftliche Verantwortung eines Geisteswissenschaftlers. »Sein Lebenswerk« – so würdigten ihn Wolfgang Küttler und Walter Schmidt in ihrem gemeinsamen Nachruf – »galt dem emanzipatorisch-aufklärerischen Anliegen des Marxismus.«⁵

Nach seinen beiden Qualifizierungsarbeiten 1957 und 1962 betrieb er seit Ende der 1960er Jahre vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit, die sich zu einem der erfolgreichsten und international renommiertesten Forschungsfelder der DDR-Historiografie entwickelte. Mit diesem Programm führte er die Lamprecht-Linie und die Markov-Tradition der Leipziger Geschichtswissenschaft fort, d.h. eine auf globale Zusammenhänge und die emanzipatorischen Potenziale der Revolutionen ausgerichtete Sichtweise, in der die Probleme der sogenannten Dritten Welt einen besonderen Stellenwert einnahmen. Dreh- und Angelpunkt dieser komparativen Bemühungen war stets die Große Französische Revolution. Die von ihm edierte Reihe »Studien zur Revolutionsgeschichte« umfasst 11 Bände, darunter als erste größere Synthese das umfangreiche Werk »Revolutionen der Neuzeit 1500-1917« (1982). Dieses Forschungsfeld bestimmte seine Tätigkeit als Inhaber des Lehrstuhls für allgemeine Geschichte, der 1990 mit dem Lehrstuhl für Historiographiegeschichte zum Institut für Universal- und Kulturgeschichte zusammenwuchs, dessen Erhalt und Ausbau der ganze Elan von Manfred Kossok bis zum letzten Tag seines Lebens galt.

Die rigorose Ausgrenzungspolitik gegenüber der DDR-Wissenschaft nach der »Wende« traf ihn schwer. Vom Wissenschaftsrat durchweg positiv evaluiert, versagte ihm die sächsische Hochschulpolitik trotz vielfacher Solidarität von Kollegen des In- und Auslandes dennoch eine Neuberufung oder Bestätigung seines Lehramtes. Aus dem Vorlesungsverzeichnis zwar gestrichen, hielt er aber dank des internationalen Drucks weiterhin Vorlesungen und Seminare ab. Der große studentische Zuspruch war eine unübersehbare Anerkennung für einen aufrechten Gelehrten, der trotz enormer gesundheitlicher Probleme – er musste wöchentlich mehrfach zur Dialyse – nie aufsteckte und seinen politischen Grundüberzeugungen treu blieb. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, die historische, auch die eigene Vergangenheit kritisch zu analysieren und zugleich pauschale Verdikte gegen die Leistungen seines Lebens und seiner Generation abzulehnen. Dieser kritische Geist beseelte Manfred

⁵ Wolfgang Küttler/Walter Schmidt: Aufrecht statt knieend und Marxist bis zuletzt. In: in memoriam Manfred Kossok. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel. Leipzig 2000. Mein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle Irmgard Kossok, der Witwe des Historikers, die mir diese Publikation zur Verfügung stellte.

Kossok auch – wie der Verfasser dieser Zeilen mehrfach selbst im persönlichen Gespräch erfahren durfte – als er Anfang der 1990er Jahre gemeinsam mit seinem akademischen Lehrer Walter Markov die Gründung der späteren Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen tatkräftig unterstützte. Mit der Veröffentlichung seines großen Aufsatzes »Das Jahr 1492 – Wege und Irrwege in die Moderne«⁶ konnte die Stiftung in spe ihm kurz vor seinem viel zu frühen Tode mit 62 Jahren am 27. Februar 1993 noch eine große Freude bereiten.

Nach 1989 richtete Manfred Kossok sein bisheriges Forschungsinstrumentarium auf den in Europa untergegangenen Sozialismus aus. »Es ist an der Zeit, die gesicherten Erkenntnisse der vergleichenden Revolutionsforschung auch auf die Geschichte des Sozialismus anzuwenden.«⁷ An dieser Stelle soll aus Platzgründen nur auf einige ausgewählte Beiträge und Zitate aus der letzten Schaffensperiode von Manfred Kossok hingewiesen und damit die weiterführende Lektüre angeregt werden. Im Mittelpunkt seiner revolutionstheoretischen Überlegungen in den Nachwendejahren standen zweifellos die Oktoberrevolution und deren Folgen. Ein Schlüsseltext bildete der Artikel »1917 – eine periphere Revolution?« in dem es u.a. hieß: »Die sozialistische Revolution konnte nicht ins Zentrum des bürgerlichen Kosmos vorstoßen, wie es einst der bürgerlichen Umwälzung gelang. In diesem Sinne blieb die sozialistische Revolution ein peripheres Phänomen.«⁸ An anderer Stelle des gleichen Beitrages urteilte er hart und illusionslos über das Ende des (ost)europäischen Realsozialismus: »Nie vor der neuzeitlichen Geschichte sind eine Idee und eine Bewegung, die auf die Befreiung des Menschen ausgerichtet war, bei dem Versuch der gesellschaftlichen Verwirklichung so nachhaltig, so tragisch und zugleich so jämmerlich unheroisch gescheitert.«⁹

Der zentrale Begriff der »peripheren Revolution« tauchte in Kossoks letzter Arbeit zur russischen Revolution erneut auf. Hier fasste er das Problem folgendermaßen: »Periphere Revolution« soll hier als heuristischer Begriff gesetzt werden, der einer weiteren Erklärung und Aufschlüsselung bedarf. Dazu gehört zunächst die Tatsache, dass periphere Revolutionen bereits vor dem 20. Jahrhundert stattfanden. Auf das Beispiel der USA wurde Bezug genommen, jedoch gelang es dieser Region (»amerikanischer Weg«), diesen Status zu überwinden, was nichts weniger hieß als das Gesetz der »Entwicklung der Unterentwicklung«

⁶ Siehe Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992 (Texte zur politischen Bildung. Heft 3).

⁷ Manfred Kossok: Requiem auf die schöne Revolution? In: Die Weltbühne, Nr. 6, 6. Februar 1990. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 24.

⁸ Manfred Kossok: 1917 – eine periphere Revolution? In: Utopie kreativ. Beilage Nr. 1 (November 1991), Seite 14. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 42f.

⁹ Ebenda, Seite 11f.; Nachdruck in Späte Schriften Seite 39.

(A.G. Frank) zu durchbrechen. (...) Als Negativfolie des Beispiels USA könnte die Independencia Lateinamerikas gelten, die trotz politischer Unabhängigkeit dieses Gesetz nicht durchbrechen konnte.«¹⁰

Für die weitere Analyse der russischen Revolution von 1917 und ihre Folgen nutzte Kossok auch den Begriff der »Doppelrevolution«, den er schon in den 1980er Jahren für den Revolutionszyklus des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte: »Trotz gehörigem Abstand zu den heroischen Illusionen von 1789 und 1793 hatte das 19. Jahrhundert nichts anderes getan, als die Doppelrevolution, d.h. die Einheit von politisch-sozialer Umwälzung (ausgehend von der Französischen Revolution) und ökonomisch-technologischen Revolution (Zentrum England) in voller Breite zu vollziehen.«¹¹ Später verklammerte Kossok den Ansatz »periphere Revolution« mit dem der »Doppelrevolution«: »Zur historischen Bedeutung der Französischen Revolution gehörte die Tatsache der Überwindung der zuvor peripheren Existenz der bürgerlichen Gesellschaft; die regionale (Niederlande), insulare (England) und periphere (USA) Eingrenzung der bürgerlichen Gesellschaft wird überwunden: Die Revolution (und mit ihr die Transformation) erreicht das »Zentrum« der feudal-ständischen Ordnung. Es bricht nicht nur das Ancien Régime Frankreichs, sondern in der Folge auch der übrigen Kernstaaten Europas zusammen, wobei sich der reformerische Weg als der für die spätere Entwicklung bestimmende erwies, der allerdings immer wieder durch revolutionäre Wellen beschleunigt wurde. Entscheidend wirkte dafür die Dynamik der bereits genannten Doppelrevolution.«¹² Im Fehlen einer ähnlichen Doppelrevolution sah Kossok eine der Ursachen für das Scheitern des Sozialismus: »Keine der peripheren Revolutionen brachte – im Unterschied zu den verschiedenen Stufen der bürgerlichen Transformation – eine Revolutionierung der Produktivkräfte zustande, die über das »alte« System hinausgewiesen hätte (Fehlen einer Doppelrevolution neuen historischen Typs). Darin lag vor allem die entscheidende Schwäche des im Ergebnis der Oktoberrevolution aufgebauten Realsozialismus. Die übernommenen Produktivkräfte wurden quantitativ ausgeweitet; jedoch geriet der Realsozialismus spätestens mit der wissenschaftlich-technischen Revolution seit den sechziger/siebziger Jahren unrettbar in die Defensive, die er zeitweilig nur militärisch kaschieren konnte. Der Realsozialismus erwies sich als fähig, wie Charles Maier betonte, die traditionelle Modernisierung in großem Umfange nachzuvollziehen und dabei Wachstumsraten weit über denen der westlichen Länder zu erreichen. Dagegen scheiterte er an der »zweiten Modernisierung« (Modernisierung in der Modernisierung).«¹³

¹⁰ Manfred Kossok: Das 20. Jahrhundert – eine Epoche der »peripheren« Revolutionen? In: Ausgewählte Schriften, Bd. 3, Seite 291f. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 85.

¹¹ Ebenda, S. 280. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 82.

¹² Ebenda, S. 291. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 84.

¹³ Ebenda, Seite 292. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 86.

Nachdenkenswert ist auch Kossoks These über die Auswirkungen der russischen Revolution 1917 als Leitrevolution für die sozialen Modifizierungen des späteren Kapitalismus: »Gleichzeitig sollte allerdings nicht übersehen werden, auf welch ernste Weise die bürgerliche Gesellschaft den Sozialismus als existentielle Herausforderung begriff. In dieser Hinsicht wirkte 1917 durchaus als Leitrevolution des 20. Jahrhunderts. Ohne den realen Sozialismus wäre der moderne (soziale) Kapitalismus in den Metropolen nicht denkbar. Nicht wenig vom gescheiterten Sozialismus bleibt im reformierten Kapitalismus aufgehoben, eine so gewiss nicht vorbedachte Umkehrung der historischen Dialektik.«¹⁴ Zum Schluss soll ein Gedanke Kossoks aufgegriffen werden, der für das heutige Denken der Linken sehr anregend sein kann: »Trotzdem hält die Geschichte ein neues Paradoxon bereit: Während tradierte Revolutionsbegriffe, -theorien, -vorstellungen versagen oder zumindest der Generalrevision unterzogen werden müssen, was völlig neuer Denk- und Forschungsansätze bedarf, darüber hinaus der Abschied von der Revolution gepredigt wird, ist es der (...) Club of Rome, der eine neue Revolution auf die Tagesordnung setzt, will die Menschheit überleben und soll es einen Ausweg aus der allgemeinen Zivilisationskrise geben: eben die Globale Revolution. Bringt das Ende des 20. Jahrhunderts den Übergang von der Revolution der Klassen zur Revolution der Gattung?«¹⁵

»Ein weiterer Impuls, das sattelzeitliche ›Zeitalter der Revolution‹ nicht nur als bestenfalls gesamteuropäischen Gesamtzusammenhang aufzufassen, kam aus Leipzig. Dort hatten Walter Markov, ein Spezialist für die ›Linke‹ in der Französischen Revolution, und später sein Schüler und Nachfolger Manfred Kossok einen Arbeitsschwerpunkt zur vergleichenden Revolutionsgeschichte aufgebaut, in dem die Traditionen von Karl Marx und des eigenwilligen Leipziger Historikers Karl Lamprecht zusammenflossen. Kossok entwickelte ein Konzept großregionaler ›Revolutionszyklen‹, das es erlaubte, die Interaktionen zwischen den Revolutionären verschiedener Länder und Regionen zu erfassen und zugleich über die Vorstellung eines durch Anfang und Ende markierten Zyklus zu einer verhältnismäßig abgesicherten weltgeschichtlichen Periodisierung zu gelangen.«

Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009, Seite 749.

¹⁴ Manfred Kossok: 1917 – eine periphere Revolution?, Seite 13f. Nachdruck in Späte Schriften Seite 41.

¹⁵ Ebenda, Seite 294. Nachdruck in Späte Schriften, Seite 90f.

Ein neuer Geist von '68

Zehn Jahre ist es her. Im April 2007, mitten in einem anderen Präsidentschaftswahlkampf, erschien mein Buch »Über eine konservative Revolution und ihre Wirkung auf die französische Linke«. Ich wollte zeigen, dass wir unsere damalige Situation nur verstehen konnten, wenn wir sie in einen größeren historischen Zusammenhang stellten. Ich beschrieb den spektakulären Rechtsrutsch, der in den achtziger und neunziger Jahren im politischen und intellektuellen Feld Frankreichs stattgefunden hatte. Diese historische Entwicklung war nicht spontan eingetreten. Technokraten, Wissenschaftler, Journalisten, Banker und Industrievertreter, die sich in Think Tanks zusammaten, um ihre selbsternannte »Modernisierung« voranzutreiben – im Grunde war das die Aufhebung der Grenze zwischen rechts und links –, hatten das linke Denken gezielt demoliert. Als ihren Feind machten diese Diskurse nicht nur den Marxismus aus, sondern all die Referenzen, die bis dahin das linke Denken bestimmt hatten, die Existenz sozialer Klassen, der soziale Determinismus, die antagonistische Struktur der Gesellschaft. Indem man die Unterteilung in links und rechts aufhob, wollte man die politische Entscheidungsfindung ganz und gar den Experten überlassen und die Herrschaft der Finanzmärkte als das einzige unverhandelbare Prinzip durchsetzen.

Konsequenz dieser Entwicklung war, dass die Linke ihren traditionellen Referenzrahmen aufgab und den der Rechten übernahm. Dieser Umschwung geschah vor allen Dingen innerhalb der Sozialistischen Partei, deren politische Praxis sich grundlegend änderte. Die Regierungslinke ließ das einfache Volk vollständig fallen und führte eine Spaltung zwischen diesen sozialen Schichten und der Linken als solcher herbei. Die Wahlbeteiligung sank, der Front National bekam immer größeren Zuspruch in den unteren Schichten. In letzter Zeit hat sich dieses Phänomen weiter verstärkt. Unter François Hollande hat die Linke ihren Rechtsrutsch auf spektakuläre Weise vollendet. Es ist wenig verwunderlich, dass Le Pen in den Umfragen für den ersten Wahlgang bei 25 Prozent liegt.

2. Manche Kritiker haben mir entgegengehalten, die Wähler des Front National gehörten gar nicht den unteren Schichten an oder hätten, falls doch, schon früher nicht links gewählt. Wer so argumentiert, verweigert eine Realität, weil sie ihm nicht gefällt. Bei allen französischen Wahlen seit 1984 hat sich der Befund bestätigt. Man braucht nur auf der Karte nachzuschauen, wo der FN seine spektakulärsten Wahlerfolge erzielt: in Nordfrankreich zum Beispiel, wo früher das Stammland der Arbeiterbewegung war. Oft machen Familien oder Einzelne, die ganz lange links gewählt haben, durch ihre Rechtswahl ihrem Unmut Luft. Die Wähler der jüngeren Generation gleichen ihren Eltern und

Großeltern zwar in gesellschaftlicher und geographischer Hinsicht – ihre Position ist strukturell, in Bezug auf die Gesamtgesellschaft die gleiche –, an der Wahlurne verhalten sie sich aber von vorneherein anders. Aus der selbstverständlichen Zustimmung zur Linken ist eine nicht weniger selbstverständliche zu den Rechtsextremen geworden. Die Zahlen bestätigen es: Fast jeder zweite Arbeiter oder Arbeitslose geht nicht wählen, und von denen, die es tun, wählt fast jeder zweite den Front National. Bei jungen und besonders bei Erstwählern sind die Zahlen noch höher. Das ist das neue Antlitz des Klassenkampfes.

3. In den letzten Monaten bin ich oft in Deutschland gewesen. Mich hat sehr erstaunt, wie die deutschen Medien das französische Wahlgesehen auf ein Duell zwischen zwei Personen verkürzen: hier Marine Le Pen, von der man fürchtet, sie könnte an die Macht kommen (was tatsächlich sehr unwahrscheinlich ist), dort Emmanuel Macron, ein Ex-Minister François Hollandes, der Pate gestanden hat für dessen desaströse Wirtschaftspolitik. Macron wird als »progressiver« und »moderner« Kandidat dargestellt, als das beste »Bollwerk« gegen die Rechtsextremen.

Wir haben es mit einer gravierenden Wahrnehmungsstörung zu tun. Emmanuel Macron hat überhaupt nichts Modernes an sich. Er verkörpert die bürgerliche Utopie einer technokratischen »Gouvernementalität«, die die eigentliche Politik verschwinden lässt. Er verkörpert die Aufhebung von links und rechts. Neoliberale Experten treffen »rationale« Entscheidungen, Formen des Widerstandes oder der sozialen Bewegung gelten ihnen als ein Irrsinn der archaischen Linken. (Man sieht das alte Schema der Konservativen: »Rationalität« und Expertise stehen gegen die »Irrationalität« der Massen.) Parlamentsdebatten gelten als ein lästiges Hemmnis der politischen Handlungsfähigkeit. Macrons Aussagen dazu sind alarmierend. Sie verdeutlichen sein Demokratieverständnis: Die »notwendigen« Reformen des Arbeitsrechts sollen erlassen und nicht mehr von der Nationalversammlung beschlossen werden, damit alles schneller gehen kann, soll es keine Parlamentsdebatte mehr geben.

Was für ein rhetorischer Gewaltakt ist es da, Macron als »Progressiven« hinzustellen? Was er wirklich will, ist eine konservative Restauration, er will die Errungenschaften aus einhundert Jahren sozialer Kämpfe kassieren: das Arbeitsrecht, die Versicherungen für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Rente. Pierre Bourdieu sprach schon 1996 davon, dass die »neuartige konservative Revolution (...) den Fortschritt, die Vernunft und die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) in Anspruch nimmt, um die Restauration zu legitimieren und das progressive Denken und Handeln für archaisch zu erklären«.

Man muss es klar sagen: Es ist diese Art der Weltwahrnehmung und des Regierens, die dem Front National die Wähler zutreibt. Die Opfer der Wirtschaftskrise und der »Reformen«, die nie kritisiert und immer nur ertragen werden sollen, lehnen sich gegen die

Regierenden und ganz allgemein die Politiker auf, die ihre Lebensumstände auf so brutale Weise beschädigen.

4. In diesem Sinn sind Macron und Le Pen miteinander solidarisch. Sie führen eine Koexistenz, sie bilden die beiden Pole desselben Systems. Die Art der Politik, wie Macron sie geradezu karikaturistisch verkörpert, bringt den Front National nach oben. Heute appelliert man an uns, Macron zu wählen, um damit ein Phänomen einzudämmen, für das Leute wie er doch maßgeblich verantwortlich sind! Wenn Macron im Mai zum Präsidenten gewählt wird, dann bekommt Le Pen beim ersten Wahlgang in fünf Jahren wahrscheinlich über 40 Prozent. Dynamisch gesehen wählt man also mit Macron schon heute Le Pen.

5. Wir befinden uns in einer Falle, aus der es kein leichtes Entkommen gibt. 2012 haben wir Hollande gegen die Rechten gewählt und damit die Rechtsextremen gestärkt. Wählen wir heute Macron gegen Le Pen, stärken wir sie weiter.

Was sollen wir also tun? Um sowohl die neoliberale Technokratie als auch den fremdenfeindlichen Nationalismus zu bekämpfen, müssen wir dringend ein neues linkes Denken und eine neue linke Praxis entwickeln. Am jüngsten Aufwind von Jean-Luc Mélenchon sieht man übrigens – ganz unabhängig davon, welche Vorbehalte man gegen diesen Kandidaten haben kann –, dass ein dezidiert »linker« Diskurs sehr wohl auf Resonanz stößt, und zwar besonders bei den jüngeren Wählern, die bisher gar nicht zur Wahl gegangen sind, oder bei den älteren, die sich angewidert abgewendet haben.

Trotzdem erscheint es mir problematisch, wenn man, wie Mélenchon es tut, dem rechten einen linken Populismus entgegensetzen will. Das »Volk« gegen die »Eliten« zu stellen, Begriffe wie das »Vaterland«, das sich gegen die »Eliten« erheben soll, im Wahlkampf zu verwenden, bedeutet, das gleiche Vokabular zu benutzen wie die Rechtsextremen. Man bringt damit Begriffe oder, besser, Affekte in Umlauf, die man nur mit größter Vorsicht verwenden sollte, weil sie sich ganz schnell mit Bedeutungen aufladen lassen, die man vermeiden wollte.

Außerdem neigen diese Begriffe dazu, den sozialen Körper zu vereinfachen und zu vereinheitlichen (»99 Prozent gegen ein Prozent«). Das kommt einer Mystifizierung gleich. (Mit welcher Politik soll man diese 99 Prozent denn vereinen können? Auf welcher Grundlage und mit welchen Perspektiven?) Wenn ich höre, wie Jean-Luc Mélenchon auf Veranstaltungen, bei denen die französische Fahne geschwenkt wird, die Nation verklärt und von einem »großen mächtigen Land« spricht, das »seinen Platz in der Welt« wieder finden soll, dann wird mir ziemlich unwohl. Das sind gefährliche Phantasmen, mit denen man die nationalistischen Leidenschaften eher befeuert, als sie zu bekämpfen. Diese Art des Linkspopulismus muss man unbedingt zurückweisen und stattdessen ein Denken entwickeln, das auf gesellschaftlichen Kämpfen aufbaut, auf gesellschaftlichen Bewe-

gungen, auf vielfältigen und heterogenen Mobilisierungen. Und man muss den Internationalismus stärken. Die Linke muss mit dem Nationalismus brechen und wieder beginnen, in einem resolut internationalen Rahmen zu denken.

6. Was ist die Linke heute? Nach den Erfolgen Trumps und der Brexit-Kampagne gab es Stimmen aus dem rechten, aber auch aus einem sich radikal gebenden linken Lager, die den kulturellen Kämpfen, den Kämpfen für Minderheitenrechte, der »Identitätspolitik« und Ähnlichem die Schuld für den Erfolg der Rechtspopulisten geben wollten. Diese wurden als das »Feigenblatt« des Neoliberalismus dargestellt. Als ob die Rechte von Frauen, von Schwarzen, von sexuellen Minderheiten, Migranten oder ökologische Fragen nur egoistische Anliegen der Mittelschicht seien, denen man als den einzig wichtigen Kampf den sozialen und wirtschaftlichen entgegenstellen müsste. Solche Aussagen tragen in Wahrheit zu der faschistoiden Stimmung bei, die sich immer weiter ausbreitet und in der Antifeminismus, Homophobie und Migrantenfeindlichkeit unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Neoliberalismus immer aggressiver zum Ausdruck kommen.

7. Was wir jedenfalls zurückweisen sollten, ist eine substantialistische Vorstellung einer sozialen Welt, in der bestimmte Kämpfe natürlicher oder legitimer erscheinen als andere. Die Formen der Herrschaft sind vielfältig, und deshalb müssen es die Formen des Widerstandes auch sein. Die Politik besteht immer aus Ungleichzeitigkeiten und heterogenen Entwicklungen. Wer die Zeitlichkeit der Politik vereinheitlichen will, schränkt das Feld der Mobilisationen ein und zensiert die dort sich äußernden Stimmen. Man muss nur an den Mai 1968 in Frankreich zurückdenken: zehn Millionen streikende Arbeiter, eine starke feministische Bewegung, der Kampf der Einwanderer, die Kritik am Justiz- und Gefängnisssystem und so weiter. All diese Dinge zusammen sind die Linke. Die Präsidentschaftswahl führt uns vor Augen, in welcher Krise sich das linke Denken befindet. Nur wenn wir uns den Geist von '68 wieder zu eigen machen, können wir es erneuern.

Der Wahlkampf hat begonnen

Am 9. März 2017 tagte der Ältestenrat der Partei DIE LINKE unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Modrow. Das Gremium verabschiedete die folgende Erklärung:

In seiner Beratung am 9. März konnte der Ältestenrat unseren Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Dietmar Bartsch, begrüßen, der uns auch die Grüße von Sahra Wagenknecht übermittelte. Er dankte dem Ältestenrat für sein aktives Mittun bei der Gestaltung der Politik der Partei.

Die politische Lage wird sich im Wahljahr 2017 weiter zuspitzen, im Inneren des Landes, in der EU als auch weltweit. Der Wahlkampf hat bereits von allen Seiten begonnen. Die CDU/CSU setzen weiter auf Merkel, deren Stern jedoch im Sinken ist. Die SPD wechselt ihre Spitze aus, und Martin Schulz setzt neue Zeiche. Wir in der Linken haderten erst mit uns selbst. Die Führung folgte dann unserem Rat und der wachsenden Zustimmung in den Landesverbänden, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Spitzenkandidaten zu bestimmen. Jetzt gilt es, unser Vertrauen zu ihnen in die Wählerschaft hineinzutragen. Der Wahlkampf zum Bundestag wird mit einer Schärfe geführt werden, wie es sie noch nicht gegeben hat. Die Funktionseliten sehen sich mit vielfältigen, tiefen Krisen und ungewohnten Herausforderungen konfrontiert, die mit Aussitzen, Lavieren oder Vertuschen, wie so oft praktiziert, kaum noch zu händeln sind. Ein weiter so scheint nicht mehr möglich.

Die Enttäuschung vieler mit der sogenannten repräsentativen Demokratie hat Zulauf, weil die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet wird. Zukunftsängste aus realem Erleben greifen um sich trotz Wirtschaftswachstum. Weder Politiker, noch Mainstreammedien können diese noch wegschwatzen. Der Wahlsieg von Trump und seine rabiaten Attacken auf das gewohnte Establishment haben den Schleier der vielen Scheinheiligkeiten auch in der EU zerrissen. Ratlosigkeit und Verwirrung haben um sich gegriffen.

Die Friedensfrage ist und sollte für DIE LINKE im Wahlkampf an erster Stelle stehen. Wo Vertrauensbildung fehlt, wird Misstrauen verbreitet und die Gefahren einer militärischen Eskalation bestimmen das Klima. Die Bestrebungen der Bundesregierung, die EU zu militarisieren erfahren seit dem »Brexit« und der Inauguration des Präsidenten Trump einen neuen Schub; so sollen die Militärausgaben drastisch erhöht, ein militärisches EU-Hauptquartier soll eingerichtet und die Militäreinsätze sollen mit deutscher Beteiligung intensiviert werden.

NATO und EU betreiben seit langem die Einkreisung Russlands. Von Sanktionen, Manövern und die Dauerstationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze sowie

die Verstärkung um das Dreifache der Schnellen Eingreiftruppe (NRF) verletzen die sicherheitspolitischen Interessen Russlands. Der Frieden in Europa kann nur mit und nicht gegen Russland erhalten werden.

Hinzukommt, dass man sich in Deutschland in Gestalt der AfD mit einer Rechtsaußen-Opposition konfrontiert sieht, die dem neoliberalen Lager entsprungen ist, extrem rechtsradikale Kräfte aufsaugt und nun eigenständige, ambitionierte Machtansprüche stellt. Sie hat es verstanden, die Schwächen der traditionellen neoliberalen Machthaber zu instrumentalisieren und große Teile des im Land wachsenden Protestpotentials an sich zu binden und zu mobilisieren, zumindest für Protestwahlkämpfe unter dem Motto »Gegen die da oben«. Durch den Trump-Sieg fühlen sich Führung und Anhänger der AfD bestätigt.

Leider hat es die Linkspartei nicht verstanden, rechtzeitig und wirkungsvoll dagegen zu halten. Viele ehemalige Wähler haben nicht mehr erkennen können, dass DIE LINKE weiter Vertreterin ihrer Interessen für Frieden und soziale Gerechtigkeit sein will und fühlten sich nicht mehr durch sie vertreten. Die Positionierung einiger leitender Funktionäre auch noch vor dem Magdeburger Parteitag, dass DIE LINKE nun vor allem gestalterische Aufgaben zu lösen habe, führte zu Unverständnis und Verunsicherung. Oft war die Frage zu hören, ob es nun vor allem um die Regierungsbeteiligung gehen soll. Und man hat bemängelt, dass kulturelle und geschichtliche negative Erfahrungen, so aus Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt schlecht analysiert und kaum zur Positionsbestimmung herangezogen werden. Der Parteivorstand ist gut beraten, wenn er im Wahlkampf die Frage einer Regierungsbeteiligung sehr bedacht unter Einbeziehung der Basis berät und entscheidet. Selbstverständlich erwartet die große Mehrheit in der Partei und unserer Wählerschaft zugleich, dass sie weiter und entschieden Protest gegen Sozialabbau, Rüstung und Kriegseinsätze leistet und auch vertritt.

Die SPD mit Martin Schulz rückt mit einer Kritik der Agenda 2010 die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und versucht, das Thema Armut und Reichtum zu besetzen. Für die Ursachen der wachsenden Spaltung in arm und reich ist jedoch die herrschende Politik verantwortlich. Solange das Wirtschaftswachstum zum dominanten Ziel der Politik erklärt wird, und die Verteilungsfrage ausgeklammert bleibt, wird nichts über die Verteilung des Wohlstandes innerhalb und außerhalb Deutschlands ausgesagt. Wir als LINKE sollten mehr denn je Motor des Klassenkampfes für soziale Gerechtigkeit sein und ihn in aller Breite im Wahlkampf mit Forderungen führen, wie:

- Höhere Löhne und einen höheren gesetzlichen Mindestlohn einschließlich der Aufgabe aller Sonderregelungen
- Rücknahme der Hartz IV-Regelungen und Ende der prekären Arbeit
- Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und Aufgabe der sachgrundlosen

Befristung von Arbeitsverhältnissen

- Eine lebensstandardsichernde Rente
- Bezahlbares Wohnen
- Die Besteuerung von Reichtum und Erbschaften
- Regulierung der globalisierten Finanzmärkte
- Stärkung von Arbeitnehmerrechten

Wähler und Nichtwähler, die sich in der DDR für ein antifaschistisches, nicht von Profitgier und Kriegstreiberei dominiertes Deutschland eingesetzt haben, wünschen sich eine differenziertere Debatte zur Geschichte der DDR, ihrer Ergebnisse, Probleme, Widersprüche. Es ist an der Zeit, gegen Klischees des Kalten Krieges, wie die Reduzierung auf das Wirken des MfS, offensiv aufzutreten. Die Diskussion um Andrej Holm zeigt, dass die Auseinandersetzung um die DDR durchaus ein großes Thema bleibt. Mehr denn je scheint aber auch erforderlich zu sein, endlich die Lücke einer einseitigen Betrachtung der deutschen Nachkriegsgeschichte zu schließen. Gerade in Berlin sollte DIE LINKE neue Ansätze für eine Kultur der Erinnerung an die geteilte Stadt auslösen. Die unsäglichen Formularausfragungen Jahrzehnte nach dem Mauerfall gehören längst abgeschafft. Die protestierenden Studenten haben das besser verstanden und sich für Sachverstand, Versöhnung und soziale Gerechtigkeit auf dem so wichtigen Feld des Wohnens stark gemacht. Für sie war klar, dass ein kompetenter und beliebter Streiter für soziales Wohnen unbedingt ausgeschaltet werden sollte, noch bevor er zum Zuge kommen konnte. Im Landesvorstand setzte man weniger auf eine mutige politische Auseinandersetzung und hoffte auf eine formale administrative Entscheidung, die die Präsidentin der Uni dann auch als ihre Haltung getroffen hat.

DIE LINKE sollte aufpassen, dass sie sich nicht schon frühzeitig ausbremsen lässt, noch bevor sie sich in Regierungsverantwortung mit ihrer Hauptkompetenz auf dem Gebiet sozialer und gerechter Standards für Wohnen und Mieten entfaltet hat. Die Mieterhöhungen bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften deuten darauf hin, dass die Miethaie und Investorenlobby Morgenluft wittern.

Viele der linken Nichtwähler der LINKEN sind in Bürgerinitiativen und Massenvereinen aktiv, so im Verein der Nutzer von Grundstücken (VDGN) und der Volkssolidarität. In der Zeit der letzten Regierungsbeteiligung war, was den VDGN betrifft, viel Porzellan (u.a. Altanschlüsse) zerschlagen worden. Ohne Not ließ man sich vom Koalitionspartner auch bei Mietfragen auf antisoziale Positionen drängen, was zu einem immensen Vertrauensverlust führte. Wir mussten schmerzlich erfahren, wie schwierig es ist, verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen, wieder glaubwürdig zu werden.

Von der LINKEN erwartet man, dass sie sich nicht zu den Etablierten drängt. Genau damit versucht die AfD, gegen DIE LINKE zu punkten. Und auch die Etablierten würden

gern mit dem Motto denunzieren: »Die sind ja auch nicht anders«. Das dürfen wir nicht zulassen und im Wahlkampf und in Regierungsverantwortung klar machen.

Im Wahlkampf wird die Haltung zur AfD einen zentralen Platz einnehmen. Über den Umgang mit ihr lässt sich vortrefflich streiten. Aber es sollte solidarisch und sachlich zugehen. DIE LINKE will eine vom Mainstream prinzipiell andere politische Kultur pflegen. Die Basis hat einen Nerv dafür, wenn persönliche Animositäten in die Öffentlichkeit getragen werden und lehnt das ab. Natürlich kann man, z.B., unterschiedlicher Meinung dazu sein, ob ein Interview mit der AfD-Vorsitzenden angebracht ist. Aber genau hingeschaut, war natürlich nicht zu übersehen, dass Sarah Wagenknecht die Überzeugendere war. Ihre Argumente sind geeignet, sich in der Sache klar und erfolgreich in aller Öffentlichkeit mit den Rechtspopulisten auseinanderzusetzen, besonders dort, wo sie Positionen der Linken besetzen will (u.a., bei den »Abgehängten«, zu Russland, bei Kritik an den Regierenden). Einen anderen Weg, als die besseren Argumente verständlich, mit klarem Profil vorzubringen, haben wir nicht.

Auch in der komplizierten Flüchtlingsfrage, die die Gemüter Vieler bewegt, sollten Probleme und Differenzen im Rahmen der Partei und nicht über die Medien ausgetragen werden.

Die Gesellschaft in der BRD befindet sich in einem Prozess tiefgehender Veränderungen. Was sich in anderen EU-Ländern, wie in Frankreich, den Niederlanden, in Polen oder Ungarn vollzieht, entwickelt sich spürbar auch in Deutschland. Zweistellige Wahlergebnisse für die AfD sprechen für sich. Und all dies erfolgt unter massivem Einsatz der Massenmedien. Diese sind keinesfalls Mittel der Meinungsfreiheit, sondern ein politisches Element im psychologischen Krieg, eine gefährliche Streitmacht zur Manipulierung des Massenbewusstseins, des Vorschreibens von einseitiger Information und des Denkens.

Die EU in der Krise

DIE LINKE hat sich im Zusammenhang mit dem Kongress der Europäischen Linken in Berlin intensiv mit der EU beschäftigt. Auch der Ältestenrat hat dazu beigetragen. Wir waren uns einig, dass Ungemach für die Völker droht. Es geht auf eine wachsende soziale Katastrophe hin. Schwelende, tiefgreifende Widersprüche malen das Gespenst der Auflösung der EU an die Wand.

Wer einmal in Deutschland glaubte, dass die EU mit dem Maastrichter Vertrag auf der sicheren Seite angekommen war, muss sich heute, 25 Jahre danach eingestehen, dass die Realität anders aussieht. Wenn schon der Bundespräsident in seiner gesalbten Jubiläumsrede in Maastricht mahnt, dass bei der anfänglichen Euphorie der EU-Eliten die Bürger nicht ausreichend mitgenommen worden seien, wird deutlich, dass man in den

Führungsetagen nicht mehr an den Defiziten vorbeigehen kann. DIE LINKE hat seit Jahren kritisiert, dass der Vertrag von Maastricht die Interessen des Kapitals vertritt und nicht die der Bürger. Es ist eine gefährliche Schiefelage eingetreten. Offensichtlich haben sich die sogenannten führenden Eliten der EU übernommen, eine Überdehnung ist eingetreten, die systemischen Fehlleistungen von Maastricht können nicht mehr übertüncht werden. Die meisten Mitgliedsländer der EU können die »heilige Kuh« von Maastricht, die Forderung nach strenger Einhaltung der Schuldengrenze, nicht bedienen. Das drastische Vorgehen vor allem Deutschlands gegen eines der schwächsten EU-Mitglieder, Griechenland, hat viel Unmut ausgelöst, auch in anderen Ländern. Und die griechische Krise schwellt weiter. Natürlich ist nicht entgangen, dass Deutschland vor allem darauf bedacht ist, auf Kosten anderer seine Exportwirtschaft weiter zu stärken. Auch das findet, natürlich, keinen Beifall.

Mit der Flüchtlingswelle nach Europa verschärfte sich die Lage beträchtlich. Das eigenmächtige Agieren der Bundeskanzlerin und das unprofessionelle Vorgehen der deutschen und EU-Beamten brachten das Fass zum Überlaufen. Die vielen Treffen des Spitzenpersonals der EU und der Mitgliedstaaten vermittelten eher den Eindruck von Ratlosigkeit und Aktionismus. Was geschieht ist soziale Zerstörung und wachsende Armut als politisches Ziel, und man hofft offensichtlich auf diese Weise die Krise in den Griff zu bekommen. EU-Kommissionspräsident Juncker hat fünf mögliche Varianten für die EU-Entwicklung ins Spiel gebracht. Keine davon könnte eine der Linken Europas sein, aber eine Aussage hat er gerade für uns gemacht. DIE LINKE ist herausgefordert sich selber Klarheit zu verschaffen und Orientierung für ihren Kampf gegen den Kurs der Militarisierung der EU, der Verschärfung der Ausbeutung, der sozialen Zerstörung und des Abbaus der Demokratie zu geben. Der Berliner Kongress der Europäischen Linkspartei kann dafür nur als ein Anfang gesehen werden.

Einzelnen, oder mit den unmittelbaren Nachbarn versuchen die besonders betroffenen Länder Lösungen zu finden, gegen die Bestrebungen der deutschen Bundesregierung. Auch die südlichen EU-Länder rücken näher zusammen und überlegen Strategien gegen die reichen Nordländer der EU. Auf diesem Hintergrund wittern die Nationalisten und EU-Gegner Morgenluft, sie werden zu einer realen Gefahr, auch für das Establishment der EU.

Großbritannien hat sich faktisch schon aus der EU verabschiedet. Ungarn und andere EU-Länder halten sich nicht an die gegen Russland verhängten Sanktionen. Polen trägt seine innenpolitischen Fragen in die EU und verschärft die Gegensätze. Hilflosigkeit bereitet in Brüssel, Deutschland, Frankreich und anderen westeuropäischen EU-Ländern das Vorgehen des neuen US-amerikanischen Präsidenten gegenüber der EU. Seine Wahlaussagen und der Schulterchluss mit der britischen Regierungschefin verheißen

nichts Gutes. Trump ist der direkte Vertreter des Monopolkapitals und des militärisch-industriellen Komplexes an der Spitze der Macht in den USA.

Mit großer Sorge schauen wir nach Osteuropa. Die NATO und die EU haben sich bis an die Grenze Russlands erweitert, bis über die Frontlinie zu Beginn des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion hinaus. Versprechen, die beim Abschluss des 2+4-Vertrags gemacht wurden, sind nicht eingehalten worden. Dieser Grundlagenvertrag wird auf das Größte gebrochen. Über das Gebiet der ehemaligen DDR rollen Panzer der NATO und die Bundesrepublik ist führend beteiligt.

Wie oft tönten westdeutsche Politiker, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. DIE LINKE steht in der Verantwortung, dass Massen den Kriegstreibern in den Arm fallen.

In der Ukraine steht die BRD auf der kriegführenden Seite. Auch im Vorsitz der OSZE im vergangenen Jahr wurde nach Minsk II faktisch nichts zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung getan, so um seine politischen Grundsatzpositionen über die Teilnahme der Vertreter vom Donbass und Lugansk an Verhandlungen sowie die verfassungsmäßige Absicherung des autonomen Status und die Durchführung von Wahlen in diesen Gebieten zu gewährleisten. Über weiterführende politische Dialogangebote war nichts zu hören.

Was tun?

1. Die Parteivorsitzenden der Partei, Katja Kipping und Bernd Riexinger, haben einen umfangreichen Programmentwurf für die Bundestagswahlen vorgelegt. Er ist auf der Web-Seite der Partei zu lesen. In der Partei und mit Sympathisanten ist sein gründliches Studium zu sichern, um Rede und Antwort stehen zu können und Verbesserungen anzubringen. Dafür sollten auch die Regionalkonferenzen genutzt werden. Ein Massenmaterial zum Programm ist für das Gespräch mit den Bürgern, Freunden und Verwandten für Infostände und Steckaktionen anzufertigen.
2. Das Programm muss zum Programm der ganzen Partei und von der ganzen Partei getragen werden.
3. Die benannten Spitzenkandidaten sind als Kandidaten der ganzen Partei zu betrachten und ihre Bemühungen sind aktiv zu unterstützen.
4. Die Kandidaturen für den Bundestag erfolgen über Landeslisten. Die Landesverbände sind aufgefordert, Kandidaten zu wählen, die durch ihr selbstloses und qualifiziertes Agieren ein hohes Ansehen unter den Wählern haben und so den Erfolg der Wahlen gewährleisten helfen.
5. Das Anliegen der LINKEN sollte es sein, sich im Bunde mit den vielen Friedenskräften den gefährlichen Entwicklungen entgegenzustellen und sich für Vertrauensbildung zu

engagieren. Die zentrale Frage bleibt die Friedensfrage, der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, gegen Militarisierung, Hochrüstung und Atomwaffen, für Abrüstung und Vernunft.

6. Der Ältestenrat wendet sich für den Ostermarsch mit einem Appell »Nieder mit den Waffen« an die Öffentlichkeit.

Erste Auflage fast vergriffen

Februar 1916: Während Hugo Ball und seine Freunde im Zürcher »Cabaret Voltaire« den Dadaismus aus der Taufe hoben, formulierte ein russischer Emigrant im Nebenhaus eines seiner wirkungsmächtigsten Werke. In den ersten Monaten des dritten Kriegsjahres brachte W. I. Lenin in einem spartanisch möblierten Zimmer der Spiegelgasse 14 seine berühmte Untersuchung »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« zu Papier. Das mit Rücksicht auf die Zensur geschriebene Werk konnte erst nach dem Sturz des Zaren im Sommer 1917 in Petrograd legal erscheinen.

Der 100. Jahrestag der Fertigstellung des Manuskripts bietet den willkommenen Anlass für eine kritische Neuausgabe, die mit zwei Essays von Dietmar Dath und Christoph

Türcke eingeleitet wird. Auf der Basis moderner Editionsprinzipien präsentieren die Herausgeber Wladislaw Hedeler und Volker Külow eine Reihe neuer Forschungsergebnisse. Erstmals werden die Geschichte der Entstehung und Veröffentlichung des Werkes sowie der Personenkreis, mit dem Lenin in Verbindung stand, auf einer gesicherten Quellenbasis umfassend und jenseits parteipolitischer Instrumentalisierung dargestellt. Außerdem dokumentieren die Herausgeber, welche Quellen und welche Literatur Lenin für seine Untersuchung ausgewertet hat.

Die Darbietung und Kommentierung weiterer Texte Lenins aus den Jahren 1915/1916 und der Abdruck des berühmten Manifests, das der Internationale Sozialistenkongress in Basel 1912 verabschiedet hatte, erleichtern die Einbettung des Werkes in den imperialismustheoretischen Diskurs am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In einem gesonderten Abbildungsteil veranschaulichen 60 Illustrationen aus Moskauer und Zürcher Archiven die Darstellung der Herausgeber. Viele davon werden zum ersten Mal veröffentlicht.

Dr. Volker Külow / Dr. Wladislaw Hedeler: Wladimir Iljitsch Lenin. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. ca. 420 Seiten, 24,90 Euro, verlag 8. Mai Berlin 2016



Mitwirkungsbestätigung

Hiermit erkläre ich meine freiwillige Mitwirkung im Zusammenschluss
Liebknecht-Kreis Sachsen
im Landesverband der Partei DIE LINKE Sachsen.

Meine Mitwirkung ist unbefristet. Sollte ich den Zusammenschluss verlassen, informiere ich die Verantwortlichen rechtzeitig.

Persönliche Angaben:

Name: _____ Vorname: _____ geb.: _____

Straße, Hausnummer: _____

PLZ, Wohnort: _____

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: Mitgliedsnummer: _____

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben in dieser Erklärung dienen der Nachweisführung meiner Mitwirkung und werden von der Partei DIE LINKE, insbesondere dem Landesverband Sachsen und seinen Gliederungen, entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis.

Ort und Datum

Unterschrift

Linke Politik braucht ein solides theoretisches Fundament.

Z. liefert dazu unentbehrliche Bausteine. Sie versteht sich als pluralistische marxistische Publikations- und Diskussionsplattform

2017

Z. 103: 1917 - 2017 / Postkapitalismus

2016

Z. 100: Tugenden, Konkurrenz, Kapitalstruktur / Postkapitalismus **Z. 107:** Transformativität und Finanzkapitalismus / Postkapitalismus **Z. 99:** Kapitalismus, Postkapitalismus und Ökonomie **Z. 108:** Krisenmechaniken in Europa / Weltwirtschaft und Finanzmarktökonomik **Z. 106:** Kapitalismus und Migration

2015

Z. 104: Einseitigkeit und die Linke / Kapitalismuskritik **Z. 102:** Überlebe Attentat und Gewerkschaften / Europa **Z. 105:** Geldpolitik und Zentralbanken / Islamismus und der Krieg im Nahen Osten **Z. 101:** Inzident (II) der Krise / Flüchtlingsspolitik / Intransparenz Linke

2014

Z. 100:

1974 -

2014 -

Leitendes

unübersicht?

Z. 99: Kapital-

ismus in Euro-

pa und EU

Krise nach Über-

leben **Z. 98:**

III und transfor-

mativität / Au-

gest 1914 **Z. 97:**

Musik und Gesellschaft / Cu-

ropaveil / Große Koalition

2013

Z. 96: Krisenanalyse und tiefenpsych. Heile **Z. 95:** Wohnungsnot und Finanzkapitalismus / Arbeitslosenprobleme **Z. 94:** Krieg und Putsch **Z. 93:** 105 Jahre Kommunistisches Manifest / Eurokapitalismus

2012

Z. 92: Gewerkschaften und Systemkrise / Marx-Epistel-Geschichte **Z. 91:** Euro-Krise und Abgrenzung der Linke / Energie, Klima, Wirtschaftspolitik **Z. 90:** Konsumismus in der Moderne / Kapitalismus / Ideologie / Theorie / Praxis **Z. 89:** Zur Theorie sozialer Machtbeziehungen / China

2011

Z. 88: Krise Empörung, Opposition / Kapitalismuskritik - methodische Aspekte **Z. 87:**

CU-Schulden-

krise / Klassen-

unterschiede **Z. 86:**

Wissenschaft /

Medien- und

Mehrheitsmacht /

Irreführung im

Arbeitsraum

Z. 85: Verschie-

bungen im Weltges-

chehen II / Program-

matik

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z

Nr. 109, März 2017

1917 - 2017

Deputé - Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution / Rollinger - Krieg und Revolution / Hottel - Russische sozialistische Parteien 1917 / Inzell - Gramsci und die Revolution / Pleiner - Luxemburg und Lenin über die nationale Frage / Engel - Revolutionäre Matrosen und Bremer Arbeiterbewegung

Postkapitalismus

Goldschmidt - „Autonome Marxisten“, Zu Robert Kurz und Karl-Heinz Roth (Varianten des Postkapitalismus III) / Kocaeli - Ubrichts Versuch einer sozialistischen Marktwirtschaft

Kapitalismustheorie

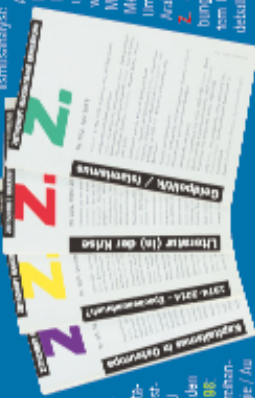
Pellina - Wohnungsbauboom und globale Kapitalverhältnisse / Hill - Die SMK-Theorie wieder aufgreifen...

Weitere Beiträge

Felzer - Erlöns „Rückkehr nach Reims“ und die Arbeiterklasse / Förster - Überlegungen zu Friedrich Engels' „Varia über Deutschland“

Sowie: Zuschriften zu 7 109; Rückrecht; Durchbesprechungen

1917 - 2017



Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung erscheint monatlich (mit 220 Seiten, Unschliff 10 Euro, Anzeigentarif 45,00 Euro (Bsp. 2016), 2017) in der Redaktion und Vertrieb: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 600066, 60007 Frankfurt/AM

Bestelladresse: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

»Unter der Herrschaft des Kapitalismus, kann eine Regierung, selbst wenn sie voll Philanthropie und von besten Absichten beseelt ist, nichts Ernsthaftes für unsere Sache tun.«

Wilhelm Liebknecht, 1899

»Selbst wenn einzelne Mitglieder der Regierung andere Gesinnung hegen, sie werden den Willen der herrschenden Klasse auszuführen haben oder ausgeschifft werden.«

Karl Liebknecht, 1915